



N i e d e r s c h r i f t

**der 4. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
27.11.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:33 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 16:07 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 15:30 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:05 Uhr
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:23 Uhr
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rebecca Plassa	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 17:45 Uhr
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Katharina Hintz
Johannes Krause
Kay Senius
Dr. Martin Ernst
Beate Gellert
Andreas Wels
Yana Mark
Torsten Schaper
Olaf Schöder
Johannes Menke
Gernot Nette

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Teilnahme ab 17:18 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Teilnahme ab 16:20 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Stadtrat
Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Martin Heinz
René Simeonow
Marco Schreyer
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Immobilien
amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Inés Brock
Dörte Jacobi
Dr. Sven Thomas

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion Hauptsache Halle

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu **Herr Reinhold zum B-Plan**

Bezugnehmend zum Tagesordnungspunkt 7.13 sagte **Herr Reinhold**, dass seit Eröffnung des Weges ein erheblicher Anstieg an Diebstählen und Einbruchversuchen im Gebiet zu verzeichnen ist. Er fragte, ob im Jahr 2016 eine gerechte Abwägung zwischen öffentlichen Interessen und dem Eingriff in das Eigentum durchgeführt worden ist. Weiter fragte er nach der aktuellen Auffassung der Verwaltung.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Abwägung mit dem damaligen Erschließungsträger im Hinblick auf die bauliche Ausbildung als auch zur Thematik Wege- und Freiflächen erfolgt ist. Auf dieser Grundlage wurde der Bebauungsplan erstellt. Aufgrund der Gegebenheiten liegt dem Rat heute eine entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung vor.

zu **Frau Kramm zu Gentrifizierung**

Frau Kramm fragte, ob in der Stadt eine Gentrifizierung verzeichnet wird und in welchem Ausmaß.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Verwaltung und die beiden städtischen Wohnungsgesellschaften darauf achten, dass keine Gentrifizierung stattfindet. Man ist diesbezüglich auch mit den anderen Wohnungsunternehmen mit dem Ziel im Gespräch, dass keine Verdrängung der ansässigen Mieter durch vermehrte Modernisierungen in Bestandsgebäuden erfolgt. Stadtrandbezirke sind nicht schlechter gestellt.

zu **Herr Thomas zum elektronischen Abstimmungsverfahren**

Herr Thomas fragte, ob die Verwaltung ein elektronisches Abstimmungsverfahren einführen könnte. So könnte die Bevölkerung die Abstimmungen besser nachvollziehen und die Beschlüsse wären transparenter.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass man bereits in der Prüfung ist, welche Programme für ein elektronisches Abstimmungsverfahren in Betracht kämen. Eine elektronische Zählung wäre durch so ein Programm möglich.

zu **Frau Werner zu Insekten**

Frau Werner fragte, ob bei der Entstehung von Neubauten, beispielsweise am Riebeckplatz, auch Grünflächen bedacht werden könnten, um dem Aussterben von Bienen und Insekten entgegenzuwirken. Weiter fragte sie, ob auf vorhandenen Grünflächen Blühstreifen für Bienen und Insekten stehengelassen werden könnten.

Herr Rebenstorf sagte, dass der öffentliche Raum am Riebeckplatz widerbelebt und die Umgebung aufgewertet wird. Er sagte weiter, dass deutlich mehr Blühstreifen stehen bleiben als in den vergangenen Jahren. Die Stadtverwaltung ist auch darauf bedacht, neue Flächen für Blühstreifen zu identifizieren.

Frau Werner sagte, dass an solchen Blühwiesen Hinweisschilder angebracht werden sollten, welche die Bevölkerung entsprechend informieren. Hierfür könnten auch Paten gefunden werden.

zu Herr Bestille zur Nordumfahrung Bruckdorf

Herr Bestille stellte sich als Sprecher einer Bürgerinitiative zur Nordumfahrung Bruckdorf vor. Er übergab Oberbürgermeister Dr. Wiegand eine Petition mit über 900 Unterschriften gegen die Nordumfahrung Bruckdorf und fragte, wie sich der Oberbürgermeister zur aktuellen Vorzugsvariante positioniert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass sich die Verwaltung gegen die Nordumfahrung ausspricht.

Herr Rebenstorf ergänzte, dass vordergründig die städtebauliche Entwicklung Bruckdorfs betrachtet wird, wie die Anbindung an das Stadtgebiet und in Richtung Kanena ist und wie eine Verkehrsentlastung für den Ortsteil erreicht werden kann. Betrachtet werden auch die Belange des Naturschutzes und Umweltschutzes.

zu Herr Fritz zum Verwaltungshandeln

Herr Thomas fragte, warum zur Sondersitzung am 14.11.2019 keine Einwohnerfragestunde stattfand und ob Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beabsichtigt, Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates zur Einführung eines Jugendparlamentes einzulegen. Weiterhin fragte er, warum er keine Eingangsbestätigung erhält, wenn er ein Schreiben in das Büro oder bei den Referenten einreicht und zuletzt, warum die Ratssitzung nicht durch TV Halle übertragen wird.

Frau Ernst antwortete, dass Herrn Fritz bereits erläutert wurde, welche Möglichkeiten es gibt, eine Eingangsbestätigung zu erhalten. Zur Aufzeichnung der Sitzung durch TV Halle sagte sie, dass zwischen der journalistischen Berichterstattung und einer technischen Dienstleistung zu unterscheiden ist, welche durch die Verwaltung ausgeschrieben wird. Nähere Gründe, warum die Stadtratssitzung nicht übertragen wird, müssten bei TV Halle erfragt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass zur Sondersitzung frist- und formlos eingeladen wurde und hier keine Einwohnerfragestunde gemäß der gesetzlichen Regelungen erfolgen muss. Zum Beschluss zum Jugendparlament sagte er, dass er keinen Widerspruch einlegen wird.

Herr Schreyer ergänzte, dass nach den gesetzlichen Regelungen der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse Einwohnerfragestunden nur vor ordentlichen, öffentlichen Sitzungen stattfinden. Diese Regelung ist mit dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA) und auch verwaltungsgerichtlich abgeklärt.

zu **Herr Pethe zu Schlaglöchern**

Herr Pethe sagte, dass im März Glasfaserarbeiten auf den Fußwegen im Charlottenviertel stattfanden. Die angehobenen Granitplatten wurden nicht richtig verlegt, eine ist gebrochen. Dies hat er über das Portal „Sag’s uns einfach“ gemeldet.

Herr Rebenstorf antwortete, dass den Hinweisen nachgegangen wird. Kleine Reparaturarbeiten sind schneller umzusetzen als größere. Die im Charlottenviertel erfolgten Baumaßnahmen wurden durch einen Dritten ausgeführt. Hier ist die Baufirma in der Haftung. Er versicherte, dass bei Gefahr im Verzug umgehend gehandelt wird.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die 4. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit mit 48 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (84,21%) fest.

Frau Müller sagte, dass die heutige Stadtratssitzung live über die Internetseite www.halle.de übertragen wird.

Im Namen der Stadt Halle (Saale) ernannte **Frau Müller** Herrn Dr. Bernd Wiegand mit Wirkung zum 01.12.2019, unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für eine Amtszeit von 7 Jahren, zum Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale). Sie übergab Herrn Dr. Bernd Wiegand die Ernennungsurkunde.

Frau Müller sagte, dass eine Vereidigung des Oberbürgermeisters aufgrund seiner Wiederwahl nicht notwendig ist. Sie wies auf die Eidesleistung aus der Sitzung des Stadtrates vom 12.12.2012 hin. Anschließend verpflichtete sie Herrn Dr. Bernd Wiegand gemäß § 61 Abs. 4 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.1

Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Fachausschuss vertagt**

TOP 7.16 + ÄA 7.16.1

Sportstättenentwicklungskonzept 2020 - 2024
Vorlage: VII/2019/00016

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Sportausschuss vertagt**

TOP 7.18

IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05270

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Fachausschuss vertagt**

TOP 8.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beteiligung der Bürger*innen an Entscheidungsprozessen

Vorlage: VII/2019/00277

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Hauptausschuss bis Januar 2020 vertagt**

TOP 8.2

Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm

Vorlage: VII/2019/00321

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vertagt**

TOP 8.3 + ÄA 8.3.1

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht

Vorlage: VI/2019/05205

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Finanzausschuss bis Januar 2020 vertagt**

TOP 9.8

Antrag der Freien Demokraten zum Schutz des jüdischen Friedhofs

Vorlage: VII/2019/00590

- **Vorschlag: absetzen**
- **Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag wegen fehlender Zuständigkeit des Stadtrates von der Tagesordnung abzusetzen.**

Frau Mark sagte, dass die Fraktion der Freien Demokraten der Absetzung des Tagesordnungspunktes 9.8 zustimmt. Sie bat darum, den Tagesordnungspunkt 9.7 zu vertagen, da dieser auch in den Fachausschüssen vertagt wurde.

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu dem Folgenden ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Auf die Tagesordnung ist zu setzen. Hier haben wir den Antrag auf eine aktuelle Stunde zum Thema Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 und zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle. Ich möchte an der Stelle darauf hinweisen, dass es hier zur Zulässigkeit der aktuellen Stunde unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt. Ich werde, ich ziehe an der Stelle, wende ich den § 24 unserer Geschäftsordnung an, wonach bei Zweifeln über die Auslegung und Anwendung unserer Geschäftsordnung die Stadtratsvorsitzende, in dem Fall ich, entscheidet. Ich entscheide, dass die aktuelle Stunde zulässig ist. Möchte an der Stelle fragen, ob jemand widerspricht. Wenn jemand widerspricht, werde ich das zur Abstimmung bringen. Herr Raue, Sie widersprechen? Gut. Damit stimmen wir darüber ab, ob wir diese aktuelle Stunde ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Halt. Ich würde gerne noch eine Rechtsmeinung im Hinblick auf die Stellungnahme des Rechtsamtes ganz gerne deutlich machen und ich bitte, dass Herr Schreyer das Wort bekommt.

Frau Müller

Herr Schreyer, bitte.

Herr Schreyer

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Geschäftsordnung, die Sie sich gegeben haben, sieht insoweit vor, dass keine aktuelle Stunde zu Themen stattfindet, die dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorliegen. Ihnen liegt seit August diesen Jahres zur Beschlussfassung das Haushaltskonsolidierungskonzept vor. Damit ist ein wesentlicher Teil der aktuellen Stunde von dieser Ausschlussregelung umfasst und selbst die Haushaltssatzung wird als Beschlussvorlage jetzt in die Gremienfolge eingebracht. Auch das liegt Ihnen zur Beschlussfassung vor. Wir hatten bereits damals bei der entsprechenden Änderung der Geschäftsordnung darauf hingewiesen, dass diese Ausschlussregelung nur so zu verstehen ist, dass dann, wenn im Gremienlauf sich etwas befindet, eine aktuelle Stunde nicht mehr durchgeführt werden kann. Die Voraussetzungen der Geschäftsordnung liegen also insoweit nicht vor.

Frau Müller

Möchte die einbringende Fraktion, die antragstellende Fraktion dazu was sagen? Nicht. Gut. Ich bleibe dabei, § 24 kommt hier zur Anwendung. Ich würde es hier nach dem Widerspruch von Herrn Raue zur Abstimmung stellen, ob diese aktuelle Stunde stattfinden soll oder nicht. Ich frage hiermit, wer stimmt der aktuellen Stunde zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen, bitte. Das lasse ich bitte auszählen. Ich bitte nochmal um das Kartenzeichen, wer der aktuellen Stunde zustimmt. Die Gegenstimmen, bitte. Und die Stimmenenthaltungen. Für die aktuelle Stunde haben 24 Stadträtinnen und Stadträte gestimmt, dagegen 19 Stadträtinnen und Stadträte und 4 haben sich enthalten. Damit ist die aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gesetzt und die würde dann an der Stelle nach dem, nein; Entschuldigung, vor dem Bericht des Oberbürgermeisters stattfinden.

- Ende Wortprotokoll -

Frau Müller machte auf folgende Dringlichkeit aufmerksam:

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2019/00648

Eine Einbringung zu der Dringlichkeit erfolgte nicht. **Herr Nette** sprach gegen die Dringlichkeit. Er sagte, dass zum dritten Mal in Folge diese Haushaltsposition überschritten wird. Es gibt hier ein strukturelles Problem, welches bislang nicht angegangen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter 7.19

Frau Müller machte auf drei weitere Dringlichkeiten aufmerksam und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung. Eine Einbringung zu der Dringlichkeit erfolgte nicht.

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2019/00637

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
2/3 Mehrheit erforderlich
Behandlung unter 7.20

Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin
Vorlage: VII/2019/00611

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
2/3 Mehrheit erforderlich
Behandlung unter 9.10

Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2019/00665

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
2/3 Mehrheit erforderlich
Behandlung unter 9.11

Frau Müller machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.3

Wahl der Vertreterinnen/Vertreter und Stellvertreterinnen/ Stellvertreter der Stadt Halle (Saale) in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle
Vorlage: VII/2019/00404

→ **Änderung im Wahlvorsachlag**

TOP 7.6

Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Medizinerviertel
Vorlage: VII/2019/00018

→ **Änderung auf Seite 9 in der Sachdarstellung**

TOP 7.17

Wirtschaftsplan 2019 (Nachtrag) Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00279

→ **Änderungen im Verbalteil und in den Tabellen**

TOP 8.4

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Entschärfung der Unfallgefahren für Linksabbieger im Bereich „Büschdorfer Mitte“

Vorlage: VII/2019/00288

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 9.4

Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zum Beschluss der Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“

Vorlage: VII/2019/00588

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vor
Behandlung unter TOP 9.4.1**

Frau Ranft beantragte für den Tagesordnungspunkt 7.3 geheime Wahl.

Herr Wolter fragte, warum zur heutigen öffentlichen Sitzung der Tagesordnungspunkt 6.2 nicht öffentlich behandelt wird.

Herr Schreyer antwortete, dass eine Verschiebung von nicht öffentlichen Anträgen in den öffentlichen Teil der Sitzung wegen fehlender Bekanntmachung nicht möglich ist und daher eine Behandlung erst in der folgenden Sitzung erfolgen kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.10.2019
Vorlage: VII/2019/00656

aktuelle Stunde zum Thema: Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr und zum Konsolidierungskonzept
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen

- 7.1. *Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VII/2019/00405 **vertagt**
- 7.2. Ermächtigung zur Darlehensaufnahme
Vorlage: VII/2019/00361
- 7.3. Wahl der Vertreterinnen/Vertreter und Stellvertreterinnen/ Stellvertreter der Stadt Halle (Saale) in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle
Vorlage: VII/2019/00404
- 7.4. Besetzungsentscheidung Waldbeirat
Vorlage: VII/2019/00077
- 7.5. Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2020 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: VII/2019/00282
- 7.6. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Medizinerviertel
Vorlage: VII/2019/00018
- 7.7. Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für das Medizinerviertel Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00019
- 7.8. 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00231
- 7.9. Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04738
- 7.10. Baubeschluss EFRE-Radweg Nordstraße zwischen dem Stadtteil Halle/Lettin und der Dölauer Straße
Vorlage: VII/2019/00068
- 7.11. Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark Ortsteil Neustadt - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2019/00067
- 7.12. Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: VII/2019/00215
- 7.13. Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00029
- 7.14. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße - Abwägung
Vorlage: VII/2019/00031
- 7.15. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00032

- 7.16. *Sportstättenentwicklungskonzept 2020 - 2024*
Vorlage: VII/2019/00016 **vertagt**
- 7.16.1. *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage*
Sportstättenentwicklungskonzept 2020 – 2024 - VII/2019/00016
Vorlage: VII/2019/00660 **vertagt**
- 7.17. *Wirtschaftsplan 2019 (Nachtrag) Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle*
(Saale)
Vorlage: VII/2019/00279
- 7.18. *IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2019/05270 **vertagt**
- 7.18.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT*
Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/05273 **vertagt**
- 7.18.2. *Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage IT macht*
Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00273
- 7.18.3. *Änderungsantragsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE*
LINKE, FDP und MitBürger & Die PARTEI zu IT macht Schule - IT Konzept für die
kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00423
- 7.19. *Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und*
überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im
Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2019/00648
- 7.20. *Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen*
Zuwendungen
Vorlage: VII/2019/00637
8. *Wiedervorlage*
- 8.1. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beteiligung der*
*Bürger*innen an Entscheidungsprozessen*
Vorlage: VII/2019/00277 **vertagt**
- 8.2. *Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des*
Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321 **vertagt**
- 8.3. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht*
Vorlage: VI/2019/05205 **vertagt**
- 8.3.1. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion*
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht (VI/2019/05205)
Vorlage: VII/2019/00540 **vertagt**

- 8.4. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Entschärfung der Unfallgefahren für Linksabbieger im Bereich „Büschdorfer Mitte“
Vorlage: VII/2019/00288
- 8.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung eines 24 h-Dienstes der städtischen Ordnungskräfte an sieben Tagen in der Woche
Vorlage: VII/2019/00303
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Anschaffung mobiler Fahrradabstellanlagen
Vorlage: VII/2019/00562
- 9.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00563
- 9.3. Antrag des Stadtrates René Schnabel (AfD) zur Modernisierung der Beleuchtung im Bereich der oberen Leipziger Straße
Vorlage: VII/2019/00555
- 9.4. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zum Beschluss der Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“
Vorlage: VII/2019/00588
- 9.4.1. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zum Beschluss der Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“ (VII/2019/00588)
Vorlage: VII/2019/00673
- 9.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung eines Pilotprojektes „GumWalls“
Vorlage: VII/2019/00582
- 9.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur besseren sozialen Durchmischung in Stadtgebieten mit überdurchschnittlich hohen Mieten
Vorlage: VII/2019/00589
- 9.7. *Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung*
Vorlage: VII/2019/00491 **vertagt**
- 9.8. *Antrag der Freien Demokraten zum Schutz des jüdischen Friedhofs*
Vorlage: VII/2019/00590 **abgesetzt**
- 9.9. Antrag der Freien Demokraten zum Tragen von Laternen
Vorlage: VII/2019/00591
- 9.10. Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin
Vorlage: VII/2019/00611

- 9.11. Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2019/00665
- 9.11.1. ÄA Dr. Meerheim
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Frau Gellert zur Bereitstellung von Parkplätzen an Supermärkten
- 10.2. Anfrage der CDU-Fraktion zu den Vorbereitungen der zentralen Feier zum Tag der Deutschen Einheit 2021
Vorlage: VII/2019/00578
- 10.3. Anfrage der CDU-Fraktion zu Konsolidierungspotenzialen in der Stadtverwaltung
Vorlage: VII/2019/00576
- 10.4. Anfrage der CDU-Fraktion zum Umgang mit verwaarlosten Immobilien
Vorlage: VII/2019/00571
- 10.5. Anfrage des Stadtrates Dr. Christoph Bergner (CDU-Fraktion) zu den Wahlbenachrichtigungen für die Oberbürgermeisterwahl
Vorlage: VII/2019/00574
- 10.6. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) – Schülerfahrkarte
Vorlage: VII/2019/00569
- 10.7. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zu Kotbeutel Spendern im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00579
- 10.8. Anfrage der Stadträtin Claudia Schmidt (CDU-Fraktion) zur Hortbetreuung für Kinder mit Behinderung
Vorlage: VII/2019/00558
- 10.9. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zu Hochwasserschutzmaßnahmen
Vorlage: VII/2019/00581
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Ortsumgehung Bruckdorf
Vorlage: VII/2019/00583
- 10.11. Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zu Beschwerden über die Zustellung der Wahlbenachrichtigungen und Briefwahlunterlagen für die Oberbürgermeister*innenwahl 2019
Vorlage: VII/2019/00570
- 10.12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer stadteigenen Forstverwaltung
Vorlage: VII/2019/00572
- 10.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft der Grünflächenpflege
Vorlage: VII/2019/00573

- 10.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Ortsumfahrung von Bruckdorf
Vorlage: VII/2019/00575
- 10.15. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu den Spontanpartys im Jahr 2019
Vorlage: VII/2019/00553
- 10.16. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Kontrolle der sogenannten Barbiersalons hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen und Beschränkungen durch die Handwerksordnung.
Vorlage: VII/2019/00557
- 10.17. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umsetzung der Entwicklungsziele der „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VII/2019/00587
- 10.18. Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum Schulbeginn an Grundschulen
Vorlage: VII/2019/00586
- 10.19. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Kosten für ein zentrales Feuerwerk oder eine Lasershow zu Silvester
Vorlage: VII/2019/00565
- 10.20. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Notfallplänen für Behörden, öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Horte usw.
Vorlage: VII/2019/00566
- 10.21. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sachstand des Stadtratsbeschlusses vom 28.08.2019 zur Umsetzung von Stellen mit Förderung nach Teilhabechancengesetz
Vorlage: VII/2019/00577
- 10.22. Anfrage der Freien Demokraten zum Steuervorteil
Vorlage: VII/2019/00592
- 11. Mitteilungen
 - 11.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602
 - 11.1.1. Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00170
 - 11.2. Quartalsbericht II/2019 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG
Vorlage: VII/2019/00422
 - 11.3. Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VII/2019/00350
 - 11.4. Gutachten Mietspiegel
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten

13. Anregungen
- 13.1. Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Verkehrsberuhigung an Fußgängerüberwegen in der Altstadt
Vorlage: VII/2019/00585
- 13.2. Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum erneuten Erhalt des Titels „FairTradeTown“
Vorlage: VII/2019/00584
- 13.3. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Durchführung einer Radtour durch den Oberbürgermeister zu Gefahrenstellen für Radfahrer/innen gemeinsam mit dem ADFC
Vorlage: VII/2019/00567
- 13.4. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Verzicht auf privates Feuerwerk zu Silvester
Vorlage: VII/2019/00568
- 13.5. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Öffnungszeiten und Ausschilderung der öffentlichen Toilette im Marktschlösschen
Vorlage: VII/2019/00580
- 13.6. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Sicherheit an der Kreuzung Reilstraße/Paracelsusstraße und im Bereich Eingang/Parkhaus Zoo
Vorlage: VII/2019/00625
- 13.7. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) für mehr Sicherheit für Kinder in der Paul-Singer-Straße – Installation einer Geschwindigkeitsanzeige
Vorlage: VII/2019/00649
- 13.8. Anregung des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Beschaffung von Geschwindigkeitsanzeigen
Vorlage: VII/2019/00654
- 13.9. Anregung der Fraktion DIE LINKE zum Radverkehr in der Bernburger Straße
Vorlage: VII/2019/00671
14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Frau Müller sagte, dass die Niederschrift im Dezember vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.10.2019 Vorlage: VII/2019/00656

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates vom 30.10.2019 vor dem Sitzungssaal öffentlich aushängen und somit bekannt gegeben sind.

zu aktuelle Stunde zum Thema: Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr und zum Konsolidierungskonzept

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Und dann haben wir jetzt hier an der Stelle die aktuelle Stunde zum Thema Haushaltssatzung Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 und zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale). Herr Dr. Meerheim, bitteschön.

Herr Dr. Meerheim

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben diese Stunde heute beantragt, weil wir uns, ich sage es jetzt mal so, Sorgen machen und weil bis zum heutigen Zeitpunkt der Haushalt nicht ordentlich auf der Tagesordnung ist. Wir haben heute unter Mitteilungen eine Beschlussvorlage liegen. Das ist eigentlich eine Vergewaltigung dieses Tagesordnungspunktes. Es ist eine Beschlussvorlage und damit das in Zukunft nicht wieder passiert, werde ich hiermit schon anzeigen, dass wir eine Änderung der Geschäftsordnung vorschlagen, die genau das verhindert. Nämlich, dass unter Mitteilungen Informationen gereicht werden, die eigentlich den Charakter einer Beschlussvorlage haben, wie es hier der Fall ist. Ich hoffe, das diszipliniert dann ein wenig auch die Stadtverwaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen seit einem dreiviertel Jahr wie die Situation unserer Stadt bezüglich der Finanzen aussieht und welche Auflagen wir seitens des Landesverwaltungsamtes zu unserem Haushalt zu erfüllen hätten. Wir haben nach der Sommerpause dem Oberbürgermeister versucht die Hand zu reichen, indem wir einen Beschluss gefasst haben, der sieben Beschlusspunkte zum Inhalt hatte. Davon ist einer erfüllt. Nämlich die Verlängerung der Frist zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes und der Vorlage des Haushaltes zum 31.12.. Man möchte meinen, dass auch ein zweiter Punkt erfüllt sei, nämlich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe. Dort hat es tatsächlich drei Zusammenkünfte gegeben, die rückblickend aber eher Alibiveranstaltungen waren, als dass sie dann tatsächlich die Ziele, die sich der Stadtrat gemeinsam mit dem Oberbürgermeister zu dem Beschluss, den wir im September gefasst haben, erfüllt hätten. Und das, was wir besprochen hatten und was wir eigentlich auch an den Beigeordneten für Finanzen herangetragen haben, was da wirklich mal ein Ergebnis war, nämlich die Aufforderung zu prüfen, inwieweit eine Klage rechtlich und zahlentechnisch untersetzbar wäre gegen das Vorgehen des Landesverwaltungsamtes und, ich sage mal, mit Wissen auch der Landesregierung. Dazu haben wir bis zum heutigen Zeitpunkt leider nichts vorliegen. Wir, der Stadtrat, haben versucht, der Stadtverwaltung tatsächlich in die Hand zu reichen und zu sagen: Lassen Sie uns gemeinsam für die Stadt Halle, für einen Haushalt,

der nicht dazu führt, dass wir den Tanker an die Wand fahren und Sie haben es leider abgelehnt. Bis zum heutigen Tag haben keine Gespräche mit dem Land stattgefunden, die irgendein Ergebnis gezeitigt hätten. Sie haben erst reagiert, nachdem der Brief das Landesverwaltungsamt Ihnen vorgelegen hat, indem die Landesverwaltung Ihnen mitgeteilt, dass der Vorschlag seitens der Stadtverwaltung bezüglich der Umschuldung in der Art wie Sie es vorgeschlagen haben, nicht angenommen wird. Dazu kommt noch die Kausalität, dass wir, der Kollege Scholtyssek im letzten Stadtrat verkündet hatte oder nicht verkündet, sondern gefragt hatte, ob es denn diesen Brief, wo wir heute wissen alle, dass es ihn tatsächlich gegeben hat im Oktober, ob der vorliegt. Und Sie, stock und steif Herr Beigeordneten Geier antworten ließen: Nein, der liegt nicht vor. Nein, Herr Geier hat auch nicht gelogen. Ihm lag er tatsächlich nicht vor. Wir haben dann im Nachgang durch Akteneinsicht bzw. durch Anschreiben der Staatsratsvorsitzenden an das Landesverwaltungsamt erfahren, dass dieser Brief sehr wohl Ihnen im Büro des Oberbürgermeisters vorlag. Ich verstehe nicht, wie man solche Brücken auf diese Art und Weise, die wir Ihnen versucht haben zu bauen, mit unseren Beschluss wieder, ich sage es jetzt mal, mit dem Arsch einreisen kann, indem der Stadtrat offiziell hier im Hause belogen wird. Das ist einfach kein Umgang mit dem Stadtrat, zumal, wenn es darum geht, dass wir gemeinsam versuchen einen Haushalt hinzubekommen, der nicht quietscht und wo wir wissen, die Unterstützung des Landes und möglicherweise auch des Bundes benötigen und der hat ja durch seinen Bundesminister für Finanzen gerade eben erst wieder signalisieren lassen, dass sie sehr wohl dazu bereit sind, überschuldete oder verschuldete Kommunen zu unterstützen mithilfe der jeweiligen Bundesländer. Warum hat bis heute kein einziges Gespräch zu diesem Thema stattgefunden?

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, ich muss Sie auf das Ende ihrer fünfminütigen Redezeit aufmerksam.

Herr Dr. Meerheim

Das, was wir gestern vorgelegt bekommen haben, beziehungsweise zugeschickt bekommen haben, die zwei Seiten, widerspiegeln nicht im Geringsten das Drama, was sich eigentlich dahinter verbirgt.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, Sie müssten bitte zum Schluss kommen.

Herr Dr. Meerheim

Gut, ich kann ja nochmal sprechen. Dann breche ich jetzt ab und werde mich dann nochmal zu Wort melden, weil diese Genesis brauchte es, um dann zum Inhalt des Haushaltes zu kommen, der heute gerade eben freigeschaltet wurde.

Frau Müller

Vielen Dank. Gibt es, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Meerheim, im Gegensatz zu Ihren Darstellungen ist die Stadtverwaltung bemüht, sachlich, konstruktiv an den Lösungen mitzuarbeiten. Und deshalb stellt Herr Geier Ihnen jetzt auch nochmal den Haushalt vor in der aktuellen Stunde. Wir gehen da die einzelnen Positionen durch und werden das dann auch mit Ihnen diskutieren. Was Sie sagen über den Brief ist nicht korrekt. Sie wissen, dass das Landesverwaltungsamt ein weiteres Schreiben gemacht hat, wo das, was sie meinten, was im erstens Brief drin steht, dann endlich drin stand. Und Sie wissen auch, dass die Stadtverwaltung sehr intensiv mit dem Land in der Diskussion ist und in der nächsten Woche einen entsprechenden Termin stattfindet. Bitte lassen Sie den Frust, Ihren Frust, nicht an der Stadtverwaltung aus. Und da bitte ich Sie dringend, davon abzusehen. Wir kommen Ihnen mit offenen, konstruktiven Vorschlägen entgegen. Aber das, was Sie erwidern, ist leider destruktiv. Ich möchte ganz gerne, dass

Herr Geier die Ausführung fortführt.

Frau Müller

Vielen Dank. Einen kleinen Moment, jetzt muss ich allerdings auch erstmal drauf aufmerksam machen. Ich gehe jetzt, ich nehme nicht an, dass Herr Geier es schafft, einen Haushalt in 5 Minuten einzubringen. Wir haben eine aktuelle Stunde, die geht maximal 1 Stunde. Da hat jeder 5 Minuten beziehungsweise 3 Minuten Redezeit. Ich kann das jetzt an der Stelle auch nicht zulassen, dass Herr Geier die aktuelle Stunde sprengt. Also er kriegt jetzt natürlich das Wort aber dann muss er sich auch an seine 5 Minuten Redezeit an, also das ist sonst, sonst ist die aktuelle Stunde hinüber.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Müller, das kriegen wir alles hin, ganz entspannt.

Frau Müller

Gut, dann bitteschön, Herr Geier. Herr Dr. Wend, ich habe Sie gesehen. Herr Raue ebenso.

Herr Geier

Ich darf? Ja. Meine Damen und Herren, dann mache ich das ganz schnell. Ich würde gern durch die Zahlen führen. Hier sehen Sie den Ergebnishaushalt für das Jahr 2020 in der roten Spalte. Die Hauptaussage ist hier, dass wir einen Überschuss im Ergebnishaushalt von 10,4 Millionen haben und es ist im Vergleich zu den Vorjahren nochmal deutlich verbessert. Dann sehen Sie hier die Eckwerte zu den Investitionen aus den einzelnen Schwerpunktbereichen. Wir haben 78,5 Millionen an Eigenmittel zu verwenden und wir haben für die Jahresscheibe 2020 eine Kreditaufnahme von 60,1 Millionen und das insbesondere überwiegend für den Bereich der Schulen und Kitas. Dann nochmal zu dem Procedere zu der Haushaltserstellung. Wir haben als Grundlage die Jahresscheibe 2020 aus dem Haushalt 2019 genommen und haben darauf verschiedene Veränderungen vorgenommen. Das sind in der Anzahl 48 Positionen, die da verändert werden. 15 davon betreffen Änderungsanträge des Stadtrates und durch diese 48 Positionen, die zu diskutieren wären, halten wir es für möglich, dass man das im Verlaufe des Dezember macht. Dann gibt's aus dieser Veränderungsliste eine Auswirkung auf den Stellenplan, da sehen Sie die Zahlen wie sie sich dann ab 2020 vorstellen und auf der linken Seite sehen Sie dann in einer Größenordnung von 4 Millionen zu definierende Maßnahmen aus diesen 48 Änderungspositionen, die dann auch konkret untersetzen, wie wir die 4 Millionen aus dem Konsolidierungskonzept darstellen und erbringen wollen und gegenüber dem Landesverwaltungsamt anzeigen. Hier sehen Sie nochmal die Ausgangslage in einer anderen Aufbereitung. Also, wir schlagen vor, Ertragsverbesserungen von 4,9 Millionen, Mehraufwendungen von 19,9 Millionen. Da sind dann beispielsweise auch entsprechende Positionen wie HzE mit berücksichtigt. Dann haben wir diverse Veränderungen im Finanzhaushalt. Das betrifft ausschließlich die TOO, das sind entsprechende Zahlungen, die nur den Finanzhaushalt betreffen. Dann kommen die Tilgungen für Investitionskredite, die wir berücksichtigen müssen in dem Haushalt 2020, 17,6 und unseren Anteil am Konsolidierungskonzept für die Jahresscheibe 2020 von 4 Millionen und das sind genau diese gesetzlichen Änderungen aus dem KVG LSA, die einen wesentlicher Unterschied zu den Haushaltsplanungen der vergangenen Jahren waren. Diese 21,6 Millionen sind jetzt zusätzlich in unseren Haushalt mit einzubauen und durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen. Da gibt's dann den Vorschlag, und das heißt dann, dass wir in dem Finanzhaushalt eine Null zeigen nach den neuen gesetzlichen Regelungen.

Jetzt konkret zu den Änderungen. Ich gehe jetzt mal für jeden Bereich durch. Wir haben im Bereich OB Ordnungswidrigkeiten, Erhöhung 300.000 durch erhöhte Kontrollen im Ordnungsdienst; Werbenutzungsvertrag: Vermietung zusätzlicher Werbeflächen, ein Plus von 100.000; und Breitbandausbau in der Stadtfläche: Umsetzung des Förderprogramms,

das sehen Sie hier einen zusätzlichen Aufwand von 200.000 €. Das ist die erste Jahresscheibe von dreien.

Im Geschäftsbereich I erhöhen wir die globale Minderung im Personalbereich. Das sind Erfahrungswerte der vergangenen Jahre, plus der Erfahrungswerte 2019. Personaleinsatz, das heißt Aufgabenkritik und Bedarfsanalyse, hier machen wir Detailvorschläge in den Ausschüssen. Novellierung des IT-Rahmenvertrages, der muss überarbeitet und nach neuen Standards aktualisiert werden. Positionen sieben und acht: Sach- und Geschäftsaufwand: Optimierung von Verwaltungsabläufen, auch unter dem Hintergrund von Digitalisieren. Personalkosten, insbesondere der Einbau von UVG-Stellen, die wir brauchen.

GB II, haben wir Änderungen in der Oberflächenentwässerung, entsprechende Anpassungen; Mehreinnahmen bei Friedhöfen, die beschlossen wurden durch Satzungsänderung; Parkgebühren: Ausweisung der Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparken); Mautgebühren: höhere Zuweisungen aus dem Bundesfernstraßengesetz; und dann die Position 14: Attraktivierung ÖPNV: hier ist einen Betrag von 500.000 benannt. Das ist der erste Einstieg in den ÖPNV, auch für die folgenden Jahre weiter vorgesehen. Und schließlich der Mietspiegel mit 200.000 auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses.

Im GB III werden Mieten und Pachten und landwirtschaftliche Flächen an den jeweiligen Verkehrswert angepasst, und wir haben einen zusätzlichen Aufwand für die laufende Betreuung bei IT an Schulen, also in den Schulen, die schon entsprechend auf die Digitalisierung umgestellt sind.

Im Bereich des Geschäftsbereiches IV machen wir eine Beitragsumstellung nach dem Magdeburger Gebührenmodell. Das heißt also, da wird abgehoben auf die Erstattung vom Land für das zweite Kind, ausdrücklich keine Erhöhung für die Eltern. Kosten der Unterkunft, hier ist der Aufwand gesunken, entsprechend dargestellt. Halle Pass, der fließt in die aktuelle Beratung zum Sozialticket ein aus der ÖPNV-Diskussion. HzE, entsprechende Anpassung an gestiegene Bedarfe +14 Millionen, also 14 Millionen mehr. Kita: Kostenübernahme durch Standard-Erhöhung aus dem KiFöG. Also, was durch Gesetzesänderung neu dazukommt. Und im EfA schließlich 200.000 €, erste Jahresscheibe 2020 für den Beschluss zu den 16i-Maßnahmen aus dem Chancen- und Teilhabegesetz.

Allgemeine Finanzwirtschaft: Da sind Vergnügungssteuer, wird angepasst an die tatsächliche Entwicklung; Spielbankabgabe: Umsetzung gesetzlicher Vorgabe; Gewerbesteuer Einkommensteuer: nach Anpassung nach wirtschaftlicher Entwicklung; Konzessionsabgaben: die Revisionen der gegenwärtigen Ertragslage; Reduzierung des Zinsaufwandes: damit einhergehend die Anpassung auf die Zinsmarktlage; im Finanzausgleich: 2,5 Millionen mehr durch die Umverteilung innerhalb der kreisfreien Städte aus dem zu erwartenden Ergebnis 2019; Betriebskostenzuschuss Havag: eine Ergebnisverbesserung im Vergleich zur Prognose 2020 bei den Stadtwerken, die wir hier mit einplanen; und schließlich dann im Personalbereich entsprechende Rückstellungen aus Altersteilzeit und noch mal die TOO- Transaktionen.

So, die Positionen ...

Frau Müller

Herr Geier, Entschuldigung, ich weiß, dass der Oberbürgermeister beziehungsweise die Verwaltung eigentlich ein uneingeschränktes Rederecht haben. Ich möchte jetzt trotzdem ja nochmal an der Stelle, ja, danke.

Herr Geier

Die 15 Änderungspunkte, die die Fraktionsanträge betreffen, wurden angepasst. Entweder

durch mangelnde Deckung, weil prognostizierte Einnahmen nicht kamen; fehlende tatsächliche Bedarfe; und fehlende vertragliche Grundlagen. Und jetzt sehen Sie hier noch die vorgesehene Zeitschiene. Die Fachausschüsse sind nicht extra aufgeführt. Und damit bin ich durch. Dankeschön.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister

Also, wir freuen uns sehr, dass viele Fraktionen auch schon die Beratung innerhalb der Fraktion angenommen haben und stehen jederzeit zur Beratung zur Verfügung, zu jedem Austausch, um deutlich zu machen, dass wir hier konstruktiv an einer Lösung mitarbeiten und freuen uns auf die Diskussion. Also, Tag- und Nachtservice, wenn Sie so wollen. Herr Geier steht Ihnen in der Fraktion unmittelbar zur Verfügung, um sich auszutauschen, abzustimmen, auch die Diskussion mit ihm zu führen.

Frau Müller

Danke, dann ist jetzt Herr Dr. Wend dran.

Herr Dr. Wend

Ja, wir haben ja eben gesehen, dass es bei der Vergnügungssteuer bergauf geht. Ich bin sicher, das hat damit zu tun, dass wir so vergnüglichen Umgang miteinander im Stadtrat haben. Das kann der einzige Grund sein. Ich möchte nochmal ganz kurz, mich nicht wesentlich zum Haushalt äußern. Ich möchte nur einfach anregen: Wenn hier weiter, wenn hier immer Folien gezeigt werden, oder anders, dass wir immer die Geschäftsbereiche durchnummerieren. Es gucken auch Leute von außerhalb drauf. Ich finde, das man Geschäftsbereich immer kurz, ich bin mir sicher, dass paar Neulinge nicht sofort wussten was GB I, II, III, IV, V ist. Das man das vielleicht kurz markiert. Der Haushalt ist sowieso unübersichtlich genug, das ist oft noch angemahnt worden. Aber er wird immer dicker. Das können wir nicht ändern. Ich möchte nochmal kurz auf etwas hinweisen, ich mach es ungern, aber Herr Meerheim hat es vielleicht ein bisschen holprig gemacht. Aber ich möchte doch nochmal klarstellen, es ist eine Kleinigkeit, aber es ist die Frage wie wir miteinander umgehen. Herr Scholtyssek hatte primär im letzten Stadtrat nachgefragt nach dem Schreiben vom Landesverwaltungsamt. Ich hatte noch mal nachgehakt und grundsätzlich ging es, wir hatten nach Schreiben oder Information gefragt, es ging grundsätzlich darum, ob es eine Information aus dem Landesverwaltungsamt gibt, wie das auf Ihren Konsolidierungsvorschlag eingeht. Wir können hier in dem Schreiben vom Landesverwaltungsamt lesen, dass am 4.10. und hier wurde, wird geschrieben: erörtert. Also, das mag vielleicht auch ein Telefonat gewesen sein, dass man darauf hinweist, dass man ihre Ansicht nicht ganz teilt. Das heißt nicht, dass ich die Ansicht des Landesverwaltungsamtes teile. Also, es gibt am 4.10. ein klares Signal des Landesverwaltungsamtes an die Stadtverwaltung, dass man den Vorschlag nicht so gut findet. Das war alles, was wir erfragen wollten. Und das haben Sie uns nicht mitgeteilt, das haben Sie irgendwie geschickt: Ja, es liegt uns kein Schreiben vor. Das wird jetzt an den harten Zahlen des Haushaltes auch nichts ändern. Und deswegen werden auch viele andere Dinge in dieser Stadt weiter funktionieren. Aber, wenn Sie sagen, dass das klar und sachlich ist, dann ist das nicht in Ordnung und das wissen Sie auch. Und wir haben jetzt die Schicksalsgemeinschaft, dass wir weitere Jahre miteinander verbringen müssen. Muss man ehrlich sagen, es sind ja nicht viele begeistert, aber eine Wahl ist eine Wahl und dann wird sie angenommen und akzeptiert und dann muss man miteinander umgehen. Aber Sie können auch für sich nicht die Wirklichkeit gerade reden. Sie haben uns eine Information vorgehalten, Sie haben uns, kann man so sagen, indirekt angeflunkert und das ist nicht fair. Und ich frage mich immer: Warum machen Sie das? Warum sind Sie nicht so fair, sagen, es liegt was vor und wir bearbeiten das noch oder wir sind uns da uneins. Sie haben dieser von uns abgefragten Information nicht fair und klar geantwortet. Da beißt die Maus keinen Faden

ab. Dankeschön.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wend, ich versuche nicht wie Sie sarkastisch zu sein. Das mache ich auch nicht. Ist auch nicht meine Art. Und ich möchte an der Stelle nochmal deutlich machen, das Schreiben, das uns vorgelegen hat, das haben Sie in Akteneinsicht gesehen, das hat keinerlei Bezug genommen darauf, dass diese Maßnahmen nicht möglich sind und nicht gehen. Und daraufhin, nachdem Sie angerufen haben und deutlich gemacht haben oder einige vorgesprochen haben, haben wir das zweite Schreiben bekommen, dass Ihnen ja auch bekannt ist.

Dort steht: Es ist eine Situation, wo man das letztendlich aus der Sicht ohne Angabe von Rechtsgrundlagen vom Landesverwaltungsamt ablehnt. Und darüber sprechen wir, und darüber haben wir es auch deutlich gemacht. Das heißt, zu dem Zeitpunkt, wie wir es hier im Stadtrat gemacht haben, lag eine Antwort bezogen auf das Liquiditätskonzept nicht vor. Das ist belegbar. Wir werden das auch den Medien nochmal zur Verfügung stellen, damit sie das alles sehen. Und ich finde es nicht in Ordnung Herr Wend, dass Sie hier die Fakten verdrehen. Und die Art, wie wir machen so etwas nicht, Sie kriegen hier klare Auskünfte nach besten Wissen und Gewissen. Und hier, eine Ablehnung des Konsolidierungskonzeptes von Seiten des Landesverwaltungsamtes lag in diesem Schreiben nicht vor. Und ich weiß nicht, warum Sie die Fakten verdrehen, sehen Sie sich bitte, Sie können Akteneinsicht machen. Einige haben das auch schon gemacht, dann sehen Sie, wie das zweite Schreiben formuliert ist.

Frau Müller

Herr Dr. Wend, ich habe es gesehen, aber erst einmal ist Herr Raue dran. Bitteschön.

Herr Raue

Meine Damen und Herren, ich habe es mir extra nochmal ausdrucken lassen. Am 27.03. hatten wir hier im Stadtrat einen Antrag an die Stadtverwaltung und sie alle waren aufgerufen, den zu unterstützen, dass die Stadtverwaltung zum 24. April diesen Jahres ein Konsolidierungskonzept vorliegt. Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen, natürlich auch rechtzeitig vor den Oberbürgermeisterwahlen. Aber rechtzeitig vor den Kommunalwahlen, weil darauf kam es mir an, dass sich alle politischen Parteien, auch die, die später den Herrn Dr. Wiegand hier auf seinem Platz persönlich ablösen wollten, da spreche ich insbesondere Herrn Lange an. Also, alle politischen Parteien sollten sich da ehrlich machen und sagen, wo sie denn sparen wollen, wie sie das Konzept der Stadt Halle beeinflussen wollen und an welchen Stellen eventuell der Gürtel enger geschnallt werden soll oder wo unter Umständen mehr Einnahmen generiert werden soll. Das alles haben sie nicht gewusst. Ich erinnere mich noch ganz besonders an Herrn Dr. Meerheim seinen persönlichen Auftritt hier, der das natürlich abgelehnt hat. Das ist natürlich alles billiger Populismus gewesen. Wäre es damals so gewesen, das zum 24. April hier dieses Konsolidierungskonzept vorgestellt worden wäre, dann wären natürlich die Folgen, die jetzt eingetreten sind, alle viel früher eingetreten. Das heißt, wir hätten uns viel, viel früher, wir hätten jetzt im Prinzip schon eine klare Route, wie die Marschrichtung ist, wo gespart wird, wo es zu Mehreinnahmen kommt und wir bräuchten diese Diskussion, die Sie jetzt hier scheinheilig führen, mit einer aktuellen Stunde, überhaupt nicht führen. Und deswegen ist es wirklich kritikwürdig, wenn Sie behaupten, allen Anträge der AfD, den werden wir nicht mehr zustimmen, weil die ja pauschal grundsätzlich von den schlechten von den bösen Jungs hier im Rat kommen. Das müssen Sie sich nochmal überlegen, ob Sie wirklich so verfahren wollen, denn es ist manchmal so, dass man eine Sache auch mal für sich und völlig unpolitisch betrachten muss und bei diesem Haushalt wäre es so gewesen.

Und, Herr Dr. Meerheim, wenn Sie jetzt so sagen: Wir wissen, dass die Stadt, seit einem dreiviertel Jahr hatten Sie gesagt, wie die Haushaltslage ist. Also, die Haushaltslage der Stadt Halle, da werden Sie mir bestimmt Recht geben, die kennen Sie sehr viel länger als ich. Da brauchen Sie nicht mit dem Kopf zu schütteln, Herr Lange. Die kennt Herr Dr. Meerheim sehr viel länger als ich. Er kennt sie praktisch schon ewig und er kennt sie natürlich schon sehr viel länger als ein dreiviertel Jahr. Und die letzten Reden, auch von Herrn Scholtyssek, und auch ich habe meiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, die haben ja auch darauf abgehoben. Also hier war nie alles in Ordnung. Wir hatten schon immer Probleme und die Probleme aus billigen Populismus, den Sie hier gezeigt haben, auf nach den Kommunalwahlen zuschieben und auf nach die Oberbürgermeisterwahlen zuschieben, nur, damit Sie sich nicht ehrlich machen, da kommen Sie nicht raus aus der Nummer. Das werde ich Ihnen immer wieder vorhalten. Überlegen Sie sich, wie Sie sich entscheiden und nicht den OB auf so primitive Weise dann anzugreifen und von sich die Schuld weg zu schieben. Sie haben und das gesamte Haus hat die gesamten Haushalte immer hier abgestimmt. Sie haben das alles immer mitgetragen und Sie wussten immer Bescheid über die Lage und Sie kannten auch die gesetzlichen Änderungen, die gekommen sind. Das war ja kein Geheimnis. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Feigl, bitte.

Herr Feigl

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, Herr Raue, wir sind alle bemüht, aus der Lage in der wir uns befinden, das Beste draus zu machen. Ich erinnere an den Beschluss des Stadtrates, dass die Stadtverwaltung zum Oktober einen Haushaltsentwurf vorlegen soll, ein entsprechendes Konsolidierungskonzept. Sie wissen so gut wie wir alle, dass die Frist verstrichen ist und wir das, also am heutigen Tage erst bekommen haben. Woher nehmen Sie die Hoffnung, dass Sie, selbst wenn Ihr Antrag durchgekommen wäre, im April irgendetwas vorgelegen hätte. Wir haben leider die Situation in dieser Stadt, dass es so schwer fällt, das der Stadtrat und die Stadtverwaltung wirklich ineinandergreift an der Stelle, wo es so dringend geboten ist, ineinander zu greifen und auch wirklich gemeinsam hier aus dieser Nummer rauszukommen. Ich finde es deshalb ärgerlich, dass wir heute, Ende November, die Entwürfe vorliegen haben und, ich meine, alle Ausschussvorsitzenden haben sich jetzt bemüht, den Weg doch ein Stückchen mitzugehen, um hier noch was aufzuholen, aus Verantwortung für diese Stadt. Aber diese Verantwortung, die wir haben als Stadtrat, ist eben auch die, dass wir nicht einfach mal so, mir nichts hier nichts, innerhalb von drei Wochen durch ein Zahlenwerk von knapp 1400 Seiten durchgehen und dann so tun, als ob das jetzt gründlich gewesen ist. Wir haben verdammt nochmal auch die Pflicht, hier im Stadtrat die Sachen so gründlich anzuschauen und so gründlich durchzugehen, dass wir auch mit gutem Gewissen am Ende einer Abstimmung teilnehmen können und nicht einfach husch husch. Das finde ich ärgerlich. Und die Situation nach der Sommerpause bis heute, die hat sich im Grunde genommen nicht geändert. Herr Oberbürgermeister, Ihre Begründung, ja, die Oberbürgermeisterwahl in die Wahl des Beigeordneten ist so spät gewesen, deswegen konnten wir erst so spät den Haushalt vorlegen, das es einfach Quatsch. Wir haben diese Situation von Anfang an gehabt und Sie hätten es viel eher bringen können und Sie hätten es eher bringen müssen. Sei es drum, jetzt müssen nach vorne schauen.

Das nächste Problem, was ich sehe ist, dass wir mit dem Haushalt und mit den Konsolidierungskonzept oder Umschuldungskonzept, wie wir es nennen wollen, im Grunde genommen ein Akzeptieren des Status quo haben. Und der Auftrag und sozusagen die Aufforderung an Sie, Herr Oberbürgermeister, Kontakt mit dem Land oder mit dem Bund aufzunehmen, um an dieser Stelle eine Abmilderung dieser Forderung zu bekommen. Die sehe ich in keiner Weise auch nur ansatzweise umgesetzt. Sie akzeptieren die Situation, wie sie ist. Und jetzt bauen wir über und reden dann bloß noch 10, 15 oder 30 Jahre die

entsprechenden Schulden ab, aber die Möglichkeiten, die bestehen gegen diesen Bescheid vorzugehen, einerseits oder sich vom Bund, Herr Meerheim hatte schon erwähnt die Möglichkeiten, sich vom Bund die Hilfe zu holen, die haben Sie bisher noch gar nicht angepackt und das finde ich fahrlässig. Ich denke, in diesem, wir müssen in beide Richtungen gehen. Wir müssen einerseits jetzt einen soliden Haushalt aufstellen, wir müssen einsparen innerhalb des Haushaltes an bestimmten Stellen, aber wir müssen gleichzeitig auch diesen Beschluss wenigstens hinterfragen lassen, und uns von Dritten Hilfe holen. Ich denke, da müssen wir auf jeden Fall die in diese Richtung gehen. Danke.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Feigl, ich finde es sehr gut, dass Sie sich auf den Weg machen, konstruktive Lösungen zu suchen. Das machen wir auch. Zwei Sätze noch. Sie haben bewusst diesen Termin auf Oktober gelegt, bewusst die Wahl des Beigeordneten und bewusst auch die Wahl des Oberbürgermeisters und das wissen Sie auch. Und deshalb ist es in der Tat scheinheilig, wie Sie momentan vorgehen. Die Diskussion, dass ein nicht gewählter Finanzbeigeordneter, der gerade mal mit zwei Stimmen hier eine Mehrheit bekommen hat, oder eine Oberbürgermeister, der sich den Bürgern zur Wahl stellt, wo Sie einen anderen Kandidaten befürwortet hatten, dann noch zuzumuten, zwei Tage vorher ein Haushalt vorzulegen, das wussten Sie, dass das nicht machbar ist. Denn der neue Oberbürgermeister möchte seine eigenen Intentionen reinbringen und seine Richtlinien dann auch hier im Haushalt dann darstellen. Das war Ihnen bekannt. Ich möchte jetzt nicht weiter drauf eingehen. Zwei Dinge zu dem, was Sie noch gesagt haben. Das Landesverwaltungsamt hat deutlich gemacht, dass die Konsolidierung, die wir ja verfassungsrechtlich überprüfen lassen haben, so nicht hinnimmt und möchte statt 8 Millionen 14 oder mehr Millionen haben im Rahmen Konsolidierung. Dieses alles ist in der Diskussion nicht hinnehmbar. Ich hatte beim letzten Mal, letzten Stadtratssitzung bereits deutlich gemacht, dass es wichtig ist, dass die Landtagsabgeordneten, die wir hier alle sitzen haben, im Landtag in die Haushaltsberatung diese Diskussion auf Unterstützung des Landes auch mit einbringen, denn das Land hat ja ganz deutlich uns jahrelang die Genehmigung für die Liquiditätskredite erteilt. Ganz deutlich. Und hat hier auch eine Mitverantwortung, so sagt es auch das verfassungsrechtliche Gutachten auch aus. Deshalb habe ich hier auch, nachdem das Landesverwaltungsamt diese Diskussion mit noch mehr deutlich gemacht hat, habe ich auch das Gespräch mit Innenminister Stahlknecht auch gesucht und der hat auch ein Termin zugesagt, und wir werden diesen Termin nächste Woche wahrnehmen. Das heißt, es gibt die Diskussion. Die politische Diskussion bislang noch nicht zu Ende, denn es gibt Landtagsabgeordnete, die dieses auch tatsächlich im Landtag auch vorbringen und diese Diskussion auch führen. Und alles, was jetzt zusätzlich dazukommt, deshalb finde ich den Ansatz auch richtig, jetzt über gleichwertige Lebensverhältnisse innerhalb des Bundes die Diskussionen, die geführt werden, all das optimiert und sein Haushalt. Das heißt, wenn wir dann zusätzlich Mittel bekämen vom Land oder vom Bund, würde das unseren Haushalt natürlich optimieren und verbessern. Und deshalb ist das jetzt erstmal die geringste Maßnahme und dann haben wir immer noch die Möglichkeit, die Klagemöglichkeit dann auch zu nehmen, wenn wir gegen die Gesetzesanordnung nicht zufrieden sind, oder dass das möglicherweise ein Verfassungsverstoß ist. Wir haben verfassungsrechtlich das überprüfen lassen. Sie finden die Ausführungen dazu auch bei Herrn Kluth in dem Gutachten. Die sind da mit inkludiert. Deshalb sind hier auch verfassungsrechtliche Äußerungen gegen das Gesetz in diesem Gutachten auch zu finden, sodass wir auch hier diesen Auftrag nachgekommen sind. Aber ich halte es für wichtig, dass wir es erst mal mit der Sachlichkeit machen und das bedeutet auch, dass ich dem Innenministerium sachlich unsere Situation vortragen und zu diesem Termin kommt es nächste Woche. Und ich plädiere strikt dafür, dass wir den erstmal abwarten. Ungeachtet dessen, bitte ich alle Landtagsabgeordnete, und einige machen das auch schon sehr intensiv, nochmals zu intervenieren und deutlich zu machen, dass hier das

Land verfassungsrechtlich in einer klaren Mitverantwortung ist.

Frau Müller

Herr Dr. Wend nochmal.

Herr Dr. Wend

Zum einen möchte ich sagen, dass der liebe Gott oder wer auch immer, den Humor in dieser Welt sehr unterschiedlich verteilt hat und dafür kann er mich jetzt nicht in Haftung nehmen. Das möchte ich doch gerne festhalten. Ich glaube, ich hab da auch nichts verdreht. Ich möchte als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses darauf hinweisen, dass wir wieder die Probleme bekommen, dass wir die Förderanträge dann im Januar besprechen werden. Das wäre schön, wenn das irgendwann auch mal früher gelingen würde, das ist schon ein herber Nachteil. Ich würde auch gerne nochmal darauf hinweisen, diese Unterstellung, dass wir mit der Terminwahl das jetzt verschuldet hätten. Also, wissen Sie, das ist nun echt ein Lacher. Das muss man wirklich sagen. Es gibt so viele Leute, an der Uni arbeiten so viele Leute befristet, also ob ein Chirurg, der hört dann auf zu operieren, weil er ja nicht weiß, wenn er einen befristeten Assistenzarztvertrag an der Uni hat, ob er dann noch weiter arbeiten soll. Das ist doch Käse. Die Vorarbeit für so einen Haushalt, die braucht doch viel mehr Zeit. Als ob wir daran schuld werden, das ist doch wirklich, das ist doch einfach Quatsch.

Ich möchte nochwas sagen. Und vielleicht können wir uns wieder treffen. Das jetzt eine politische Debatte stattfindet, die ist doch erst gekommen. Sie haben uns mit diesem Konsolidierungskonzept überrascht oder uns das vorgestellt und da war kein Wort von einer politischen Debatte. Ich bin sehr wohl der Ansicht, dass dieses Thema Entschuldigen nicht nur eins ist, wie viel Geld es ist, in wie vielen Jahren zahlen wir es zurück, sondern es ist die ganz große Frage, wer übernimmt hier eigentlich die Kosten. Und wir hören jetzt davon. Wir haben bei der Einführung, wir haben lapidar dargestellt bekommen, 30 Jahre, die Aufteilung. Von der politischen Debatte, davon hatte keiner gesprochen. Jetzt kommt sie in Schwung und ich denke, das können wir auch ein Stück weit dem Stadtrat hier verdanken, dass sie in Schwung kommt. Und da sind wir auf gemeinsamer Linie und da sollten wir uns gegenseitig unterstützen, im Sinne für diese Stadt zu arbeiten. Und ein wenig mehr Humor würde auch der Stadtverwaltung gut zu Gesicht stehen. Danke.

Frau Müller

Herr Scholtyssek, bitte.

Herr Scholtyssek

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, im Zuge der Debatte haben wir gesehen, es ist vielleicht doch ganz gut, dass wir sie führen. Wir sollten sie aber ohne Showeinlagen, Populismus oder diesen ewigen Kampf zwischen Links und Rechts führen, sondern sachlich und da gibt's einfachen paar Fragen, die man hier stellen muss. Herr Oberbürgermeister bezieht sich immer darauf, dass die Mitteilung vom Landesverwaltungsamt vom Oktober keine Aussagen enthielt, die seine Pläne irgendwie ins Wanken bringen könnten. Das ist nachvollziehbar falsch. Wenn Sie sich das Schreiben vom Oktober anschauen, da gibt es zwei zentrale Aussagen. Das eine ist, dass das Landeswohnungsamt bis zum 31.12. diesen Jahres davon absieht, irgendwelche Beanstandung oder reglementierende Maßnahmen gegenüber der Stadt zu ergreifen. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass wir bis dahin ein Konsolidierungskonzept beschließen müssen. Und die zweite zentrale Aussage besteht darin, dass man das Konsolidierungskonzept in der Form nicht als akzeptabel betrachtet, weil, doch es steht drin, das Konversionskonzept muss konkrete Maßnahmen enthalten. Das war oder ist bislang nicht der Fall, dass es im Schreiben vom Oktober nachzulesen. Ich kann es Ihnen auch nochmal vorlesen, aber ich glaube, lesen können wir beide. Es ist in dem Schreiben vom Oktober enthalten. Darüber hätten sie den Hauptausschuss auch schon am 23.10. informieren können. Stattdessen haben Sie nebulös irgendeine Pressemitteilung zitiert, die

darauf schließen ließ, dass Sie ein Schreiben haben, was Sie uns auch da nicht geben wollten. Auch da haben Sie geleugnet, dass es sowas gibt. Da ist auch die Frage, welche Strategie verbinden Sie mit so einem Vorgehen. Und jetzt haben wir es gesehen, vorhin bei Herrn Geier, Sie operieren im Haushalt für nächstes Jahr weiterhin mit Ihrem angedachten Konsolidierungskonzept über 30 Jahre gestreckt, wo wir spätestens jetzt in dem Schreiben vom November des Landesverwaltungsamtes gelesen haben, dass das nicht akzeptiert wird. Es gibt zwei weitere Varianten, die dort gerechnet wurden in der Anlage. Das waren die 15 Jahren und die 20 Jahre. Wenn wir uns auf die 20 Jahre verständigen könnten mit dem Land, wären das pro Jahr 12,7 Millionen, nicht mehr die 8,8. Sie haben jetzt für die zweite Jahreshälfte 4 Millionen eingeplant. Ich denke, dass es obsolet. Also, den Haushalt, den Sie uns jetzt hier heute vorgestellt haben. Eine Beratung auf dieser Basis macht wenig Sinn. Wir müssen dann schon den Auflagen der Kommunalaufsicht nachkommen und dann halt die 6,3 Millionen einsparen und nicht die 4 Millionen. Da hätte ich die dringende Bitte, dass Sie das an der Stelle nacharbeiten. Ich weiß auch nicht, was ein Gespräch mit dem Innenminister dazu ändern soll. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Kommunalaufsicht solche einschneidende Maßnahmen gegenüber der Stadt erklärt, ohne sich mit dem Innenministerium rückgekoppelt zu haben. Das würde mich sehr überraschen. Insofern befürchte ich, es bleibt dabei. Wir bekommen maximal 20 Jahre und insofern würde ich von der Verwaltung auch erwarten, dass sie uns realistische Vorschläge hier präsentieren, wie wir das mit den 20 Jahren Dauer umsetzen können. Das heißt, die 4 Millionen, die Sie jetzt vorgestellt haben reicht nicht. Und dazu noch anknüpfend die Frage, wir haben den Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzeptes oder Liquiditätssicherungskonzeptes, wie Sie es immer nennen, der ist, seitdem er vorgestellt wurde, unverändert. Wir hatten dazu Arbeitsgruppen. Da gab es nicht wirklich inhaltliche Diskussion. Das diente mehr dazu, uns davon zu überzeugen, dass genau das der richtige Weg ist. Alle Fragen wurden mehr oder weniger abgebugelt. Übrigens auch Fragen, die wir heute gestellt haben zum Umfang von freiwilligen Leistungen, Pflichtaufgaben und so weiter. Die Antworten sind mehr als dürftig, kann man nur sagen, dass es kein ernster Wille zur Konsolidierung, der da erkennbar ist. Die Frage, wie gehen wir mit diesem Haushaltskonsolidierungskonzept weiter um. Wir wissen von der Kommunalaufsicht, dass die 30 Jahre nicht akzeptiert werden und wir müssen bis 31.12. das Konzept beschließen. Wir haben nicht mehr viel Zeit und glaube auch nicht, dass wir zu einer Sondersitzung am 25. Dezember zusammenkommen wollen. Insofern hätte ich die dringende Bitte, nehmen Sie uns mit, weihen Sie und ein in Ihre Pläne, ansonsten sieht das alles etwas unstrukturiert aus und ich habe die Befürchtung, das läuft richtig vorn Baum.

Frau Müller

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Herr Scholtyssek, um Sie zu korrigieren, das Landesverwaltungsamt hat keine, wie Sie nennen, keine Auflage erteilt, sondern es hat einen Hinweis gegeben. Und diesen Hinweis hat das Landesverwaltungsamt am 12. November an die Stadt übersandt. Dieses Schreiben konnten Sie im Rahmen der Akte einsehen. Auf dieses Schreiben haben Sie sich aber schon in der Stadtratssitzung am 30. Oktober bezogen. Insofern wissen wir, dass auch Stadträte im Landesverwaltungsamt angerufen und auf diesen Sachverhalt hingewiesen haben. Und daraufhin kam das Schreiben am 12. November. Am 4. Oktober hat das Landesverwaltungsamt sich allein mit der Frist, nämlich der Verlängerung bis zum Jahresende, beschäftigt. Das heißt, wir reden hier über zwei Sachverhalte. Ein Schreiben zur Frist und ein Schreiben zum Liquiditätskonzept, mit den darin verbundenen Hinweisen. Und insofern ist das, glaube ich, die Historie, die an der Stelle auch nochmal wichtig war. Ein weiterer Hinweis zu den Sitzungen, zu den Arbeitsgruppen-Sitzungen. Es besteht ja auch jederzeit die Möglichkeit, dass Sie auch Vorschläge einbringen. Dazu dienen die Arbeitsgruppen-Sitzungen. Und insofern liegt der Vorschlag der Verwaltung vor. Und, wenn Sie diesen modifizieren wollen, weil Sie vorhin auch ansprachen die Konsolidierungsmaßnahmen, die greifen Ihrer Meinung nach nicht, haben Sie ja im Rahmen

der Beratung jederzeit die Möglichkeit, das dann anders zu setzen, andere Schwerpunkte zu setzen. Genau dazu ist ja die Haushaltsberatung da. Insofern liegt der Vorschlag der Verwaltung vor und wenn Sie da bessere Vorschläge haben, freuen wir uns, dass wir darüber in der Beratung diskutieren können.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn wir so verfahren würden, indem wir die Vorschläge des Landesverwaltungsamtes klaglos hinnehmen und uns darauf beziehen, dann ist eine Situation, wo wir nicht um unseren Haushalt kämpfen. Wenn wir so verfahren würden wie Sie, dass wir die anderen Zahlen nehmen des Landesverwaltungsamt mit denen Sie ja auch schon diskutiert haben im Landesverwaltungsamt, dann würden wir uns schlechter stellen. Wir kämpfen um unseren Haushalt. Wir haben, ich sage Ihnen das so deutlich, wir haben keinerlei Möglichkeiten über die 8 Millionen, also 4, weil wir ja erst die Verträge abschließen müssen, das hatten wir ja auch erläutert. Deshalb nur vier, das erst im zweiten Halbjahr, wir haben als Stadt keinerlei Möglichkeiten, ohne das gesellschaftliche Leben einzuschränken, über die 8 Millionen hinauszugehen. Und das ist die politische Botschaft, die Sie tragen müssten, verteidigen müssen und nicht sagen müssen: He Jo, Gott sei Dank, das Landesverwaltungsamt uns 14 Millionen vorgeschrieben hat, so wie Sie es machen. Wenn Sie so argumentieren, dann schicken Sie mich ja mit der guten Botschaft zum Landesverwaltungsamt beziehungsweise zum Innenminister. Ganz im Gegenteil, Sie müssten sagen: Herr Wiegand, Sie sagen 8 Millionen, wir kämpfen jetzt darum, dass es nichts wird, oder 4 Million. Stattdessen sagen Sie: Warum beachten Sie die Hinweise nicht, dass es 14 Millionen sind. Herr Scholtyssek, tut mir leid, ich kann Sie da nicht verstehen.

Frau Müller

Herr Scholtyssek, kleinen Moment, ich habe noch eine Rednerliste. Ich würde es bei Ihnen genauso handhaben wie bei Herrn Dr. Wend vorhin. Sie bekommen gleich nochmal die Möglichkeit, ich habe jetzt noch auf der Rednerliste: Herrn Dr. Meerheim, Herrn Wolter, Frau Ranft und Herrn Scholtyssek. Ich würde damit auch die Rednerliste dann schließen, weil mit Blick auf die Uhr, werden wir dann auch nicht mehr viel schaffen in dem Moment. Herr Dr. Meerheim, bitteschön.

Herr Dr. Meerheim

Ja, also, ich will noch mal auf den Vorwurf aus dem März reagieren. Da danke ich eigentlich Herrn Feigl, der hat das schon richtig gesagt. Und da waren wir auch auf Seiten der Stadtverwaltung, dass es natürlich unmöglich ist innerhalb eines Monats ein Haushaltskonsolidierungskonzept auf die Füße zu stellen. Das, glaube ich, konnte zu dem Zeitpunkt jeder nachvollziehen und deswegen haben wir im Monat Mai ein Beschluss gefasst und haben gesagt: Wir möchten das Ding aber spätestens im September vorgelegt bekommen haben. Das das dann auch nicht passiert ist, sondern im Rahmen einer Mitteilung, sei dahingestellt. Zu mindestens teilweise erfüllt. Ich kann auch Herrn Oberbürgermeister durchaus unterstützen in der Aussage bezüglich der 20 Jahre oder 30 Jahre. Da bin ich natürlich auch eher dafür 30 und eigentlich sind mir die 30 noch viel zu wenig. Wenn ich daran denke, was sich das Land genehmigt, dann sind wir traumhaft weit davon entfernt, sollte man vielleicht mal auf Gleichberechtigung, gleichberechtigte Behandlung der Kommunen, die von solch Überschuldung der Art, wie das Land betroffen sind, klagen. Insofern sage ich, ist der jetzt vorgelegte Haushaltsentwurf teilweise eine Entlastung aus der Verantwortung derer, die eigentlich mitverantwortlich sind. Wir machen Vorschläge, wie wir unseren Haushalt konsolidieren und das sage ich Ihnen, wenn ich das jetzt so grob übersehen habe, davon sind viele krankhafte oder nicht krankhafte, aber gefährliche Vorgänge da drin, wo ich der Meinung bin, dass, wenn Ihre Zahlen stimmen, die Sie uns mitgeteilt haben im September und das vergleiche mit dem ursprünglichen

Haushaltsansatz aus 2019 für 20 und ein plus da oben drauf, dann entstehender positive Differenzen von über 12 Millionen Euro alleine bei Steuern, Zuweisung und allgemeinen sonstigen Umlagen. Und das ist schon ein deutlicher Risikofaktor, der da drin steckt. Da sind auch noch andere Risiken drin, wo ich der Meinung bin, da es gut gebucht, aber nicht wirklich untersetzt. Und darüber müsste man sich verständigen und das leider ist nicht geschehen, und wir haben es nicht geschafft, die Leute, die Verantwortung, Mitverantwortung für unseren Haushalt tragen, das sind nicht wir alleine, mit ins Boot zu nehmen und das ist eigentlich der Vorwurf, der an Sie gerichtet war, Herr Oberbürgermeister, und sonst nichts. Es geht darum, dass wir gemeinsam einen Haushalt hinkriegen, mit denen, die mit uns gemeinsam für das Gemeinwesen in der Stadt und darüber hinaus in der Bundesrepublik Verantwortung tragen, mit allen politischen Ebenen. Wir sind nicht alleine. Und wir müssten eigentlich lieber, wie man so schön sagt, eine Umverteilung von oben nach unten vornehmen. Das meine ich nicht mal auf die Person bezogen, sondern von der Bundesebene runter in die Kommune, zu den, die die Aufgaben erfüllen, diese sie vom Bund oder vom Land übertragen bekommen. Das wäre wichtig, dafür zu ringen.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, Ihre Zeit ist rum. Danke. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, ich sehe den guten Willen bei Ihnen, dass wir uns annähern, das finde ich gut. Und von daher gebe ich Ihnen in den Ausführungen zumindest insoweit Recht, dass wir darum kämpfen müssen, möglicherweise sogar noch tiefer herunterzugehen und nicht die 8 Millionen, sondern sogar noch weniger zu bekommen. Das ist vollkommen richtig. Aber auch hier hatte ich schon vor Monaten alle Landtagsabgeordneten auch gebeten, bislang habe ich jedenfalls noch kein Indiz gesehen, wenn Sie deutlich machen, dass keine Personen, keine juristischen Personen, keine bekannten Persönlichkeiten eingeschaltet sind, dann ist das nicht korrekt. Ich hatte Ihnen berichtet, dass der Städte- und Gemeindebund sehr intensiv hier eingeschritten ist und dieses auch in den Haushaltsberatungen deutlich gemacht hat, nämlich durch die Tätigkeit meiner Person im Präsidium und Herr Geier war sogar da und hat einen Datenvortrag gehalten, sehr intensiv und wurde auch mit aufgenommen in die Diskussion, die der Städte- und Gemeindebund mit ausführt. Das heißt, wir sind über den Verfassungsrechtler, der ja heute auch in der medialen Berichterstattung, Herr Professor Dr. Kluth, eine bedeutende Rolle spielt, über dieses verfassungsrechtliche Gutachten über den Städte- und Gemeindebund über die Landtagsabgeordneten, die das unterstützen möchten, intensivst vorgegangen und sind immer noch dabei. Der Vorgang ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb habe ich den Termin in Magdeburg mit dem Innenminister und wir werden diese Diskussion sehr intensiv und sehr hart führen. Und da kommen genau die Punkte, die Sie angesprochen haben. Wieso dann 30, die anderen machen sogar noch länger. Andere werden gar nicht herangezogen, sondern wir haben hier Auflagen bekommen, die wir vom Landesverwaltungsamt aufgegeben haben, wobei andere Städte eine genauso gleichhohe Verschuldung haben, die aber anders gewichtet ist, weil sie das bei Investitionskrediten haben und wir eigentlich zum Teil, bei im Wesentlichen bei den Liquiditätskrediten das haben. Also, ich will damit sagen, oftmals ist die Verschuldung in der Höhe, darauf kommt es zum Teil auch an, dann auch identisch. Und hier hat man bewusst mit dieser Änderung des Gesetzes keine Unterschiede gemacht. Deshalb kämpfen wir. Aber dann nutzen wir keine Aussagen, indem man gesagt hat: Also, das ist hier nicht realistisch oder ähnliches. Sondern, hier muss eigentlich der Stadtrat, ich sage das so deutlich, geschlossen auftreten und sagen: Das ist die äußerste Grenze, die hier machbar ist. Mehr geht nicht. Mehr bin ich auch nicht bereit. Ich sage das auch so deutlich. Und wenn jemand sagt: Ich möchte darüber hinaus, dann kann ich nur den Kopf schütteln. Dann ist ein gesellschaftliches Leben unter diesen Voraussetzung hier nicht mehr machbar und finanzierbar. Sie haben Recht. In einem Haushalt sind immer alle Haushaltspositionen, denken Sie an den letzten Haushalt, sind immer verkannt, geschätzt. Das ist auch die

Aufgabe, wenn ich ein Haushaltsansatz für das nächste Jahr schätzen muss oder sorgsam, wie so schön im Gesetz heißt, sorgsam abwägen muss. Das haben wir nach besten Wissen und Gewissen gemacht. Wir können jede Haushaltsposition, die Herr Geier hier vorgestellt hat, wir können jede Haushaltsposition intensiv und vollständig darstellen. Das werden wir in den Fraktionssitzungen machen, das werden wir in den Ausschüssen machen und werden ausführlich dazu Stellung nehmen. Nochmal eins, Herr Meerheim, zum Schluss. Wir können jede einzelne Position, die wir hier haben, jede einzelne Position, die können wir intensiv darstellen und vertreten. Und das ist hinterlegt und unterlegt. Nur, wir haben jetzt keine Möglichkeiten, das hier darzustellen, machen das in den Fraktionen und in den Ausschüssen sehr intensiv.

Frau Müller

Herr Wolter.

Herr Wolter

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Vorsitzende, ich freue mich, dass die aktuelle Stunde wohl anscheinend knapp hier eine Zustimmung gefunden hat. Ich freue mich auch, dass es eine Sachlichkeit gibt, weil was mich in den letzten Tagen wirklich so Kraft kostet und auch Zuversicht, ist wirklich so eine ganze verwurmt, rückwärtsgewandte Betrachtung, ob das, sage ich mal, eine Frage ist, wer hier recht hat oder nicht. Ich freue mich, dass Sie nicken, Herr Oberbürgermeister. Wer irgendwo ein Brief bekommen hat oder nicht. Das ist so unerträglich, dass man hier und da ist die Trennlinie vielleicht noch mal für uns alle. Da sitzt das Hauptamt und hier sitzt das engagierte Ehrenamt. Wir sind sozusagen aber nicht dazu da, Herr Oberbürgermeister, um Ihre Vorschläge einfach, sage ich mal, pro Kniefall einfach nur zu bestätigen. Sondern Sie entscheiden über die Qualität dieser Stadt, in welcher Form Sie uns mit einbinden. Das heißt eine politische Diskussion zu führen zum Haushalt, zu unserem wesentlich Gestaltungselement ist, sage ich mal, die dringlichste Vorgabe. Was Sie uns jetzt vorlegen, nur noch mal auch für uns selber, und auch für die, die das toll finden hier innerhalb des Hauses oder draußen oder die Presse, ist, dass wir innerhalb von vier Wochen einen Haushalt über 700 Millionen, ein Entschuldungskonzept über 200 Millionen durchwinken, wie Sie es vorschlagen. Jetzt will ich nur mal zwei Dinge sagen: Wenn sie wollen, dass wir eine politische Diskussion innerhalb unserer einzelnen Fraktion, in den Ausschüssen, oder auch in der konträren Form, dazu braucht man verdammt nochmal Zeit. Und da braucht man nicht ohne Vorlage, die ist sogar fachlich falsch, Entschuldigung, dass ich mich hier aufrege. Hier liegt die Informationsvorlage vor. Da steht drüber: Dringlichkeitsvorlage. Ich weiß nicht, wie Sie das unterschrieben haben, die Einladung. Da ist überhaupt keine Beschlussgrundlage, wir haben das aber gar nicht als Dringlichkeitsvorlage eingebracht. So steht es hier drin. Das, was der Beigeordnete Geier eigen vorgetragen hat. Ich finde auch nicht, diese Folie, die Sie jetzt vorgetragen haben. Ich kann es nicht mal mitlesen. Also, es ist sozusagen selbst heute eine Katastrophe, dass wir nicht sozusagen in die Kompetenz gesetzt werden, die Bürgerinnen und Bürger nicht, wir nicht. So. Die politische Diskussion, die wir führen, Herr Oberbürgermeister, ist die, nicht ob das Landesverwaltungsamt irgendetwas geschrieben hat, sondern: Wie bauen wir unsere Schulden ab? Weil, das ist ein Risiko für unseren Haushalt. 360 Millionen, jetzt im Moment mit der Niedrigzinsphase, bedeutet vielleicht in fünf Jahren oder in sieben Jahren, wo Sie vielleicht nicht mehr im Amt sind, dann in irgendeiner Form eine Katastrophe für die Kommune, weil wir dann einfach eine Zinslast haben, die wir nicht mehr schultern können. Das heißt, perspektivisch müssen wir auch selbst daran gelegen sein, das abzubauen, zu günstigen Konditionen, zu 100 Jahren Zeitlauf oder sonst was. Was Sie aber jetzt vorschlagen. Sie sagen auf der einen Seite: Ich hab Herrn Kluth geholt, der sagt, das ist gar nicht zulässig. Genau das haben wir diskutiert. Herr Beigeordnete Geier in unserer Arbeitsgruppe, in dieser, sage ich mal, sehr sinnentleerten Treffen, und haben Ihnen den Auftrag gegeben: Bitte entscheiden Sie doch mit uns gemeinsam, ob wir Klage führen. Ja, da habe ich aber kein nächstes Treffen gehabt, weil das ist nämlich die Aussage dieses Gutachtens, was Sie beilegen und das wäre eine konsequente politische Haltung. Wir sagen:

Wir akzeptieren die Anordnung des Landesverwaltungsamt nicht. Wir machen das, wie wir das selbst können und wollen. So, da steht jetzt 4 Millionen drin. Das machen Sie 8 Millionen steht ja nicht mehr da, weil wir über 21 ja nicht reden, über 22 reden wir ja nicht. Aber Sie schreiben, das steht da nicht drin, im Moment. Im Moment gibt's keine Änderung für ab 21. Wir reden über die Änderung 20. Das ist ja der neue Plan vom Oberbürgermeister. So, für uns alle noch mal: 4 Millionen. Wir wissen im Moment nicht, wo wir die hernehmen, das weiß hier keiner, weil es gar nicht erklärt ist. Das heißt aber auch, dass wir überhaupt nicht mehr gestalten können. Wir können überhaupt nicht sagen, was ist denn uns politisch wichtig und das müssen wir inhaltlich diskutieren, in jedem Fachausschuss. Was ist notwendig, wo gibt's Katastrophen und wir sind nicht dazu da, Herr Oberbürgermeister, einfach zu sagen, okay, wir schreiben das mal fort. Weil, es gibt ja keine Probleme. Nirgendwo, wir müssen ja nichts ändern. Wir machen alles so, wie bisher. Und das ist mein Problem. Das letzte, was ich sagen wollte ist die Frage, des Städte- und Gemeindebundes, das ist uns dargelegt worden. Uns fehlte, und es haben Sie von uns allen gehört, die politische Initiative. Das ist, es ist ein schöner Bericht gewesen, Herr Beigeordnete.

Wirklich, engagiert, Sie haben Überraschung ausgelöst. Sie haben den Vorschlag vorgetragen, wie dass hier die Verwaltung sieht aber das ist nicht politisches Instrumentarium. Wir haben gesagt, wir wollen gerne ein Treffen mit den Landtagsmitgliedern unserer Stadt. Wir wollen gerne, dass Sie mit der Vorlage kommen. Das ist bis jetzt nicht passiert. Aber, ich sage mal, da gibt's ein Gutachten, da müsste eigentlich stehen null ...

Frau Müller

Herr Wolter, Sie müssen jetzt auch zum Ende kommen.

Herr Wolter

... und als letzter Hinweis, Herr Oberbürgermeister. Dass Sie hier nicht uns ansprechen und sagen: Ich hab zur Kenntnis genommen in der Fraktionsvorsitzenden-Runde, das keine Fraktion, manche haben geschwiegen, wenn Sie Schweigen als Zustimmung nehmen, keine Fraktion, die gesprochen hat, hat erklärt, dass sie den Zeitplan zustimmt, weil sie das nicht als politisch qualifizierte Diskussion zu dem wichtigen Punkt sieht. Und sie enthält ...

Frau Müller

Herr Wolter, Ihre Redezeit ist seit längerem um.

Herr Wolter

... das finde ich tragisch und deswegen würde ich Sie bitten, dass ab 01.12. hier ein anderes Verhältnis beginnt.

Frau Müller

Danke. Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Herr Wolter, zur Zeitschiene hatten Sie sich in der Fraktionsvorsitzendenrunde geäußert, dass Sie sich den Haushalt erstmal anschauen wollen und dafür haben wir uns auch ausgesprochen. Und insofern ist der Vorschlag der Verwaltung, sich den Haushalt anzuschauen und jetzt in den Ausschüssen zu beraten. Die Vorschläge, das hatte ich auch angemerkt zu der Aussage von Herrn Scholtyssek, das sind Vorschläge der Verwaltung. Wenn Sie bessere Vorschläge haben, dann diskutieren wir die in den Ausschüssen, dann werden die abgestimmt. Das ist gar kein Problem. Im Gegenteil, das ist das Procedere über Jahre hinweg. Also, insofern, wenn die besseren Argumente auf dem Tisch liegen und ich glaube, so haben Sie uns auch kennengelernt, dann freuen wir uns über jeden Vorschlag, der aus Ihren Reihen kommt. Und was die politische Initiative betrifft, kann man, glaube ich, auch ermuntern, dass die politische Initiative aus den Fraktionen auch nicht als Initialzündung durch den OB allein zu tragen ist, sondern jeder von Ihnen, viele Fraktionen

haben auch Landtagsabgeordnete in ihren Reihen, also, da braucht es sozusagen nicht den Fingerzeig auf den Oberbürgermeister, sondern das kann als gemeinsame Initiative gesehen werden und sollte auch so gesehen werden.

Frau Müller

Und dann haben wir noch einmal Herrn Scholtyssek. Stimmt, Herr Scholtyssek, Entschuldigung. Frau Ranft war noch vor Ihnen, das war ein Fehler.

Frau Ranft

Frau Ernst, das stimmt natürlich, dass gesagt wurde in der Fraktionsvorsitzendenrunde: Bitte warten Sie erstmal ab. Aber ich glaube, dass alle, die dann dieses anderthalbseitige A4-Papier bekommen haben, an dem wir den Haushalt diskutiert waren, also zumindest überrascht waren. Ich kann mit den Zahlen, kann ich keine politische Schwerpunktsetzung vornehmen und auch keine eigenen Vorschläge vornehmen. Das kann jetzt daran liegen, dass ich, dass ich da Defizite habe. Aber wer das anhand dieses Papiers kann, der kann sich da gerne melden. Ich habe heute auch mal in den Haushalt geguckt. Nur mal so 10 Minuten und auch im Haushalt sind einige Dinge geändert und es fehlen die Erklärungen. Also, selbst wenn wir jetzt sagen, wir wollen es politisch einordnen: Warum sind denn in der Suchtprävention 150.000 Euro gestrichen? Da fehlt jegliche Erläuterung. Warum, wir hatten vor kurzen eine Anfrage hier, weil wir ja die Toiletten von Ströer mit übernehmen müssen, die ja 180.000 Euro, glaube ich, kostet die Übernahme. Der Haushaltsposten öffentliche Toilette, da bin ich quasi drüber gestolpert, der nimmt diese 180.000 Euro nicht mit auf. Also, das sind Fragezeichen über Fragezeichen, die da kommen. Sie schlagen 43 Stellenstreichungen vor im Umweltamt, in der Stadtbibliothek, im Konservatorium. Es wird nicht erklärt, warum, wieso. Und dann wird immer jetzt laut von Ihnen gefordert, wir sollen politische Schwerpunkte setzen, wir sollen politische Vorschläge einbringen. Das machen wir natürlich gerne. Aber wir müssen natürlich auch verstehen, warum der Vorschlag der Verwaltung ist da und da zu kürzen, dann können wir das in den Ausschüssen und/oder in den Fraktionssitzung uns das gerne anhören und dann brauchen wir auch den Austauschprozess und ich kann für meine Fraktion schon mal ankündigen, dass wir uns nicht in der Lage sehen, das im Dezember zu schaffen.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Ranft, deshalb hat Herr Geier Ihnen ja auch ganz deutlich erläutert, dass diese ganzen Fragen, die Sie eben aufgeworfen haben, ja allesamt in den Ausschüssen dann erläutert, besprochen und diskutiert werden. Er sehr gern in Ihre Fraktion kommt und Ihnen ganz im Detail das erläutert. Das ist so, in dem Maße, wie wir das hier vorgestellt haben, nicht möglich.

Frau Müller

Und jetzt Herr Scholtyssek noch mal.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende, ich wollte nur nochmal darauf hinweisen, dass wir hier im Rat, denke ich, alle Stadträte für das Wohl der Stadt Halle engagiert sind und natürlich wollen mir nur das Beste für diese Stadt. Das ist überhaupt keine Frage. Natürlich wäre es gut, wenn wir mehr Geld bekommen. Aber die Diskussion führen wir doch eigentlich jedes Jahr, dass wir sagen, wir sind unterfinanziert von Land und vom Bund. Wenn wir jetzt damit anfangen, wo wir einen Haushalt aufstellen, das hilft uns doch nicht wirklich weiter. Und aus Verantwortung für diese Stadt müssten wir doch dafür kämpfen, dass wir diesen Haushalt beschlossen bekommen. Weil, was nutzt es uns, wenn wir auf Basis der 4 Millionen fürs nächste Jahr planen und dann wird der Haushalt von der Kommunalaufsicht beanstandet.

Dann haben wir keinen Haushalt. Das nützt uns als Stadt überhaupt nichts. Das mal zu dem Punkt. Der zweite Punkt, das Schreiben, ich weiß nicht, warum wir darüber so lange diskutieren müssen, ich lese Ihnen den letzten Absatz des Schreibens vom Oktober mal vor, ist bei der Stadt am 15. Oktober eingegangen. Da steht im letzten Absatz: Vorsorglich weise ich jedoch bereits jetzt darauf hin, dass ein Absehen von einer Beanstandung über den Beschluss einer Haushaltssatzung für das Jahr 2020 ohne die Vorlage eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes gemäß § 100 KVG einschließlich der Benennung konkreter konsolidierender Maßnahmen nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Das ist eindeutig. Sie hätten den Hauptausschuss schon im Oktober informieren können, dass das Konsolidierungskonzept in dieser unspezifischen Form nicht akzeptiert wird. Dann möchte ich noch darauf hinweisen, das hatte der Kollege Wolter schon übernommen, die nennen wir es mal Einbringung des Haushaltes am heutigen Tage ist er schon bisschen schwierig. Zum einen ist es keine Dringlichkeitsvorlage, es ist eine Mitteilung. Und zum anderen stimmt auch die Beratungsreihenfolge darauf nicht. Es wurden heute noch Einladungen versandt zur Ausschusssitzung. Gemäß diesem Zeitplan tagen wir quasi im Dezember jeden Tag, zwei, drei Ausschüsse. Ich weiß nicht, wie das funktionieren soll. Es wurden heute noch Einladungen versandt, die in der Beschlussvorlage nicht eingearbeitet sind. Und abschließend hätte ich noch die Bitte, ob wir den Vortrag, den Sie hier gehalten haben, die Folien, ob Sie uns das zur Verfügung stellen könnten. Danke.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Scholtyssek, nur damit wir es im unterschiedlichen Verständnis nochmal deutlich machen. Der letzte Absatz, den Sie zitiert haben, ist die Replik darauf, auf den Beschluss, wo Sie sagen, das Haushaltskonsolidierungskonzept soll 2020, Mitte 2020 vorgelegt werden. Daraufhin hat das Landesverwaltungsamt diesen Hinweis gemacht, indem gesagt wurde: Ihr müsst das aber zusammen vorlegen. Das ist keine Ablehnung des Konsolidierungskonzeptes und von daher drehen Sie bitte nicht die Worte um. Und deshalb ist es wichtig, dass wir das zweite Schreiben dann auch nochmal bekommen haben, gegen das wir jetzt auch vorgehen. Und das nur nochmal zur Wahrnehmung. Ansonsten ändert es nichts. Sie haben sich eben schön gedreht. Das Ergebnis ist gleich. Unterstützen Sie das. Gehen Sie nicht darüber hinaus. Ich hoffe jedenfalls, dass alle Stadträte und ich glaube, da haben wir auch ein Einvernehmen, dass das, was jetzt hier mit den 8 Millionen diskutiert wird und verfassungsrechtlich noch bewertet wurde, dass das die äußerste Grenze ist dessen, was wir leisten können momentan. Wir tragen ja auch schon ab. Die Schuldentilgung läuft ja bereits, nicht in dem Umfang, nicht in dem großen Umfang, wie wir uns das erwünscht hatten, ja, aber die 8 Millionen mehr ist nicht möglich. Und das werde ich auch deutlich machen. Und da hoffe ich auch, dass wir alle versammeln und sagen Sie nicht: Mensch, wir kriegen eine Beanstandung. Sondern, wir kämpfen darum, dass wir keine Beanstandung kriegen, sondern dass das Land endlich einsieht, dass hier mit 8 Millionen die äußerste Grenze erreicht ist. Und wenn Sie negativ in die Zukunft blicken und das hineinbringen und immer wieder sagen, dann unterstützen Sie das Landesverwaltungsamt. Und wenn Sie da hier deutlich sehen, wenn wir nach Prüfung des Haushaltes feststellen, wir können nicht mehr, wir können nicht mehr als 8 Millionen reingehen, dann verstehe ich nach wie vor Ihre Argumentation nicht.

Frau Müller

Ich hatte die Rednerliste abgeschlossen an der Stelle und würde damit auch die aktuelle Stunde beenden. Wir haben das ziemlich passgenau dann an der Stelle auch hinbekommen, und gehe weiter.

- Ende Wortprotokoll -

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über folgende Ereignisse und Veranstaltungen:

- Erster Renntag auf der Galopprennbahn am 21. Oktober 2019
- Besuch von US- Außenminister Mike Pompeo und Außenminister Heiko Maas am 07. November 2019
- Gedenken an die Opfer der Novemberpogrome am 08. November 2019
- 12. Filmmusiktage am 08. November 2019
- Conrad Feininger besucht das Neue Städtische Gymnasium am 15. November 2019
- Unterzeichnung der Charta zur Betreuung Sterbender am 18. November 2019
- Hallescher Kunstpreis für Sebastian Herzau am 19. November 2019
- HWG feiert Richtfest am Riebeckplatz am 20. November 2019
- Zukunftswerkstatt Saaletourismus am 21. November 2019
- Stadt unterstützt Jüdische Kulturtage am 29. November 2019
- Einweihung des Denkmals für Halles Romantiker Joseph von Eichendorff am 23. November 2019
- Eröffnung des Weihnachtsmarktes mit neuem Konzept am 26. November 2019

Der Bericht ist im Ratsinformationssystem Session bereitgestellt.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Es gab keine Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.2 Ermächtigung zur Darlehensaufnahme Vorlage: VII/2019/00361

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung zu ermächtigen, unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), im Rahmen der genehmigten Kreditermächtigung 2018 in Höhe von maximal 9.317.700,00 EUR, langfristige Investitionsdarlehen mit folgenden konkreten Ausstattungsmerkmalen aufzunehmen:

Nominalbetrag: 2.718.300,00 EUR
Aufnahmezeitpunkt: spätestens bis zum 15.12.2019
Laufzeit: 20 Jahre
Zinsbindung: 10 Jahre
Der zu zahlende Zinssatz darf dabei 1,50% p.a nicht überschreiten.

**zu 7.3 Wahl der Vertreterinnen/Vertreter und Stellvertreterinnen/ Stellvertreter der Stadt Halle (Saale) in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle
Vorlage: VII/2019/00404**

Frau Müller erinnerte daran, dass die Wahl auf Antrag der Stadträtin Frau Ranft in einem geheimen Wahlvorgang erfolgt.

Herr Stehle rief die Mitglieder des Stadtrates in alphabetischer Reihenfolge auf.

Die Sitzung wurde zum Auszählen der Stimmen unterbrochen.

Frau Müller sagte, dass eine Mindeststimmenanzahl von 27 nötig war, um in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle gewählt zu werden. Diese Mindeststimmenanzahl haben alle vorgeschlagenen Vertreterinnen/Vertreter und Stellvertreterinnen/Stellvertreter erreicht. Sie gab das Wahlergebnis bekannt.

Abstimmungsergebnis: gewählt

Beschluss:

Der Stadtrat wählt die nachfolgend genannten Vertreterinnen/Vertreter und Stellvertreterinnen/Stellvertreter in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle.

Vertreterin/ Vertreter	Stellvertreterin/ Stellvertreter	Fraktion
1. Krimmling-Schöffler, Anja	Keck, Alexander	DIE LINKE
2. Schied, Thomas	Gernhardt, Dirk	DIE LINKE
3. Kautz, Ingo	Streckenbach, Johannes	CDU
4. Mämecke, Steve	Dr. Wünscher, Ulrike	CDU
5. Feigl, Christian	Rupsch, Marko	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
6. Thomann, Beate	Dr. Kreuzfeldt, Annette	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
7. Sehrndt, Martin	Nistripke, Udo	AfD
8. Hopfgarten, Klaus	Dreher, Helge	SPD
9. Schirrmeister, Stephan	Kresse, Ingo	Hauptsache Halle
10. Hänsel, Klaus	Hoffmann, Thomas	FDP
11. Matschke, Wolfgang	Hoheisel, Carsten	MitBürger & Die PARTEI

**zu 7.4 Besetzungsentscheidung Waldbeirat
Vorlage: VII/2019/00077**

Frau Dr. Burkert sagte, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Sie regte an, dass speziell Frauen aufgefordert werden, sich für dieses Gremium aufstellen zu lassen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Waldbeirat in der Stadt Halle (Saale) wie folgt zu bilden:

- ein Vertreter der Fachhochschule Erfurt – Fachrichtung Forstwirtschaft, Herr Prof. Dr. Dirk Landgraf
- eine Vertreterin der Hochschule Anhalt – Fachbereich Landwirtschaft, Ökotoxikologie und Landschaftsentwicklung, Frau Prof. Dr. Annett Baasch
- ein Vertreter des Landesentrums Wald Sachsen-Anhalt, Herr Jürgen Hartung (Forstamtsleiter)
- ein Eigentumsvertreter des Kommunalwaldes, Herr Rüdiger Franz (Abteilungsleiter Grünflächenpflege Stadt Halle (Saale))
- ein Mitglied des Naturschutzbeirates, Herr Dr. Stefan Klotz (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ)
- ein Vertreter der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V., Herr Jürgen Claus
- ein Vertreter des Naturschutzbundes Deutschland e.V., Herr Carsten Friedrich

**zu 7.5 Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) für das Jahr 2020 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: VII/2019/00282**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 ÖPNVG LSA und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen.

**zu 7.6 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Medizinerviertel
Vorlage: VII/2019/00018**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 142 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Medizinerviertel“ im vereinfachten Verfahren und die Sanierungssatzung Nr. 4 (Anlage 1). Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 dargestellten Flächen mit einer Größe von ca. 26,4 ha. Gemäß § 142 Abs. 3 BauGB wird die Frist für die Durchführung der Sanierung auf die Dauer von 15 Jahren festgelegt.
2. Die Sanierung wird im vereinfachten Verfahren mit der Genehmigungspflicht von Vorhaben und Rechtsvorgängen nach § 144 und § 145 BauGB durchgeführt. Die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156a des BauGB finden keine Anwendung.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Sanierungsziele.
4. Der Stadtrat bestätigt den Maßnahmen-, Kosten- und Finanzierungsplan als Grundlage für die Durchführung der Sanierungsmaßnahme (Anlage 3).

**zu 7.7 Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für das
Medizinerviertel Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00019**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Bericht über die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für das Medizinerviertel Halle (Saale) zur Kenntnis und bestätigt sie als Grundlagen für die Aufstellung einer Sanierungssatzung.

**zu 7.8 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00231**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale) gemäß der Anlage 1.

**zu 7.9 Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des
Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/04738**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) neu aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich der Neuaufstellung umfasst das gesamte Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale). Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 135 km².

**zu 7.10 Baubeschluss EFRE-Radweg Nordstraße zwischen dem Stadtteil
Halle/Lettin und der Dölauer Straße
Vorlage: VII/2019/00068**

Herr Eigendorf sagte, dass die SPD-Fraktion die Vorlage ausdrücklich begrüßt. Er fragte, ob die Verwaltung eine Verbesserung der Beleuchtung geprüft habe.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies in der weiteren Bauausführung beziehungsweise im Zuge der Detailplanung vertieft mit betrachtet wird. Wo es aus Gründen der Sicherheit notwendig ist, wird eine Beleuchtung vorgesehen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Ausbau einer Radwegeverbindung im Zuge der Nordstraße zwischen dem Stadtteil Halle/Lettin und der Dölauer Straße auf einer Länge von ca. 1.650 m.

**zu 7.11 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark
Ortsteil Neustadt - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2019/00067**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt in der Fassung vom 04.07.2019 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf der Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt in der Fassung vom 04.07.2019 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.12 Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 - Änderung des
Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: VII/2019/00215**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat billigt die gegenüber dem Aufstellungsbeschluss vom 28. Januar 2009, Beschluss-Nr. IV/2008/07675 geänderten Planungsziele.
2. Mit der Änderung des Aufstellungsbeschlusses werden die Entwicklungsziele der Stadt für das Entwicklungsgebiet „Heide-Süd“ fortgeschrieben und sind bei der Beurteilung von Vorhaben nach § 165 BauGB in Verbindung mit § 145 Abs. 2 BauGB auch während des Planverfahrens anzuwenden.

**zu 7.13 Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck, 1. Änderung -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00029**

Frau Müller wies darauf hin, dass sich Herr Wels als Grundstückseigentümer im Mitwirkungsverbot befindet und daher den Saal zu verlassen habe.

Herr Feigl sagte, dass man als Bedingung eine Durchwegung des Wohngebietes vorgesehen hat. Er sagte, dass die Vorlage abzulehnen ist und warb dafür.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 88.2 „Gießereidreick“, 1. Änderung aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 0,5 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

zu 7.14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße - Abwägung Vorlage: VII/2019/00031

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 191 „Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit zu antworten und das Ergebnis mitzuteilen.

zu 7.15 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße - Satzungsbeschluss Vorlage: VII/2019/00032

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 191 „Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 29.08.2019 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 29.08.2019 wird gebilligt.

zu 7.17 Wirtschaftsplan 2019 (Nachtrag) Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00279

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2019 (Nachtrag) des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

zu 7.19 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2019/00648

Herr Nette sagte, dass es sich um ein strukturelles Problem handelt. Eine Beratungszeit von zehn Tagen ist ihm zu kurz.

Herr Scholtyssek sagte, dass die Kosten zur Hilfe der Erziehung jedes Jahr überschritten werden. Vorgelegt sind aktuell nur die Aufwendungen, wo entsprechende Rechnungen vorliegen. Der Rat wird bis Jahresende erneut einen Nachtrag vorgelegt bekommen. Das eigentliche Problem ergibt sich aus der Deckung der Verwaltung durch einen geplanten Verkauf in Höhe von 10 Millionen Euro, welcher in diesem Jahr wohl nicht mehr erfolgen wird. Er fragte, wie das finanziert werden soll.

Herr Geier antwortete, dass man in Form eines Präventionskonzeptes und in Form eines Gutachters der Problematik entgegenwirken möchte. Die Aktivierung in der Bilanz sei jetzt erst möglich.

Herr Wolter sagte, dass die Deckung nicht vorhanden ist. Er fragte nach der Liquidität zur Sicherung der Zahlung an die Bedarfe an den Fachbereich Bildung bis zum 31.12.2019.

Herr Geier sagte, dass es im Aufsichtsrat des Stadtwerkekonzerns eine Entscheidung gab. Es geht hier um einen ergebniswirksamen Nachweis, der für die entsprechenden Aufwendungen reicht.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob ein Erlös in Höhe von 10 Millionen Euro durch Verhandlungen mit dem Stadtwerkekonzern erwartet wird.

Herr Geier sagte, dass über Erlöse öffentlich nicht zu beraten ist. Aus Sicht eines Kaufmannes ist das ein unterer Wert.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die prognostizierte Summe eintreten wird oder ob die Prognose in dieser Größenordnung falsch war.

Frau Brederlow antwortete, dass die Prognose auf aktuellen Fallverläufen beruht. Ab Mitte dieses Jahres war keine derart hohe Dynamik mehr zu verzeichnen, sodass keine zusätzlichen 10 Millionen Euro zu erwarten sind. Prognostiziert wurden 14 Millionen Euro, die zusätzlich benötigt werden.

Herr Scholtyssek fragte, wie aus dem Zugewinn in der städtischen Vermögensbilanz das liquiditätsmäßig gedeckt werden soll. Er fragte nach der Finanzierung, sollte das Geld dieses Jahr nicht mehr fließen.

Herr Geier sagte, davon nicht auszugehen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige (HHPL Seite 1117)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 14.700.000 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 19_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1141)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 14.700.000 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.57311 Wirtschaftliche Unternehmen (HHPL 1225)
Sachkontengruppe 45* Sonstige ordentliche Erträge in Höhe von 10.000.000 EUR

1.54702 ÖPNV (HHPL Seite 428)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 1.400.000 EUR

1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen (HHPL Seite 298)
Sachkontengruppe 50* Personalaufwendungen in Höhe von 500.000 EUR

1.61201 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft (HHPL Seite 1209)
Sachkontengruppe 46* Finanzerträge in Höhe von 341.000 EUR
Sachkontengruppe 55* Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen in Höhe von 350.000 EUR

Haushaltsübergreifende Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen/ Sonstige ordentliche Aufwendungen
Sachkontengruppe 52*/ Sachkontengruppe 54* in Höhe von 2.109.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

19_9-901_2 Sonstige Finanzwirtschaft (HHPL Seite 1226)
Finanzpositionsgruppe 68* Einzahlungen aus der Veränderung des Anlagevermögens in Höhe von 10.000.000 EUR

19_2-610_1 Planen (HHPL Seite 432)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 1.400.000 EUR

19_1-100_3 Übergreifende Personalmaßnahmen (HHPL Seite 299)
Finanzpositionsgruppe 70* Personalauszahlungen in Höhe von 500.000 EUR

19_9-901_1 Zentrale Finanzdienstleistungen (HHPL Seite 1210)

Finanzpositionsgruppe 66* Zinsen und ähnliche Einzahlungen in Höhe von 341.000 EUR

Finanzpositionsgruppe 75* Zinsen und ähnliche Auszahlungen in Höhe von 350.000 EUR

Haushaltsübergreifende Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen/ Sonstige ordentliche Auszahlungen

Finanzpositionsgruppe 72*/ Finanzpositionsgruppe 74* in Höhe von 2.109.000 EUR.

zu 7.20 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2019/00637

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

- 1. Geldspende** von Herrn Wolfgang Matschke, Ernst-Schneller-Straße 6, 06114 Halle (Saale) in Höhe von **1.100 Euro** – für das Stadtarchiv der Stadt Halle (Saale)
(PSP-Element 1.25102 – Stadtarchiv)
- 2. Geldspende** von der Firma BTK Binnewies Kurch Streuber, Steuerberater- und Rechtsanwaltssozietät, Rudolf-Breitscheid-Str. 10, 06110 Halle (Saale) in Höhe von **1.300 Euro** – für die Kindertagesstätte Froschkönig der Stadt Halle (Saale)
(Eigenbetrieb Kindertagesstätten)
- 3. Sachspende** von der Firma ESG Getränkevertriebs GmbH, Am Krümmling 4, 06184 Kabelsketal in Höhe von **1.390,37 Euro** – für das Laternenfest der Stadt Halle (Saale)
(PSP-Element 1.28107- Laternenfest)
- 4. Sachspende** von Ute´s Hundesalon, Frau Ute Bergmann, Weiße Mauer 35, 06217 Merseburg in Höhe von **1.343,90 Euro** – für das Tierheim der Stadt Halle (Saale)
(PSP-Element 1.12213 – Tierheim Halle)
- 5. Geldspende** des Freundes- und Fördervereins des Stadtsingechores zu Halle e. V., Franckeplatz 1, Haus 21, 06110 Halle (Saale) in Höhe von **3.000,00 Euro** – für den Stadtsingechor
(PSP 1.26202 – Stadtsingechor zu Halle)
- 6. Änderung** des Beschlusses der Stadtratsvorlage VI/2019/05260 vom 29.05.2019 Punkt 5 bezüglich der Sponsoringvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale), Geschäftsbereich Kultur und Sport und der Globus Handelshof St. Wendel GmbH & Co.KG Betriebsstätte Halle-Bruckdorf, Leipziger Chaussee 147, 06112 Halle (Saale) in Höhe von 5.000,00 € zzgl. MwSt. Es erfolgte auf Wunsch der Globus Handelshof St. Wendel GmbH & Co.KG eine Änderung des angedachten Sponsoring in eine Spende in Höhe von 5.000,00 € zur

Durchführung des Bundeswettbewerbes JUGEND MUSIZIERT
(PSP: 1.28102.7 – Theater, Musik, Literatur)

7. **Geldspende** von der Bürgerinitiative Silberhöhe, Hanoierstr. 70, 06132 Halle (Saale) in Höhe von **1.955,60 Euro** für die Sanierung des Springbrunnens im Grünzug der Silberhöhe.
(PSP-Element 1.55101 – Grünflächen und Parkanlagen)

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.4 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Entschärfung der Unfallgefahren für Linksabbieger im Bereich „Büschdorfer Mitte“
Vorlage: VII/2019/00288

Herr Scholtyssek fragte nach der Zulässigkeit des Antrages, da der Beschlussvorschlag als Anregung umformuliert wurde. Der ursprüngliche Beschlussvorschlag war zudem abzulehnen, da dieser einen rechtswidrigen Eingriff in die Rechte des Oberbürgermeisters darstellte.

Herr Schreyer antwortete, dass Anregungen auch zu Themen des übertragenen Wirkungskreises gegeben werden können. Eine Beschlussfassung über eine Anregung findet aber nicht statt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass eine zusätzliche Markierung erfolgt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat ~~beauftragt~~ **regt an**, die Stadtverwaltung **prüft** gemeinsam mit der Halleschen Nahverkehrs-AG (HAVAG) am Unfallschwerpunkt „Büschdorfer Mitte“ ~~zu prüfen~~, ob die Installation einer Lichtsignalanlage ~~zu installieren~~ realisierbar **und der Unfallgefahr angemessen** ist, die das Linksabbiegen auf den und vom Parkplatz bei herannahenden Straßenbahnen durch die Anzeige des roten Haltesignals untersagt.

zu 8.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung eines 24 h-Dienstes der städtischen Ordnungskräfte an sieben Tagen in der Woche
Vorlage: VII/2019/00303

- Auf Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Punkt 8.5: Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines 24-Stunden-Dienstes der städtischen Ordnungskräfte an sieben Tagen in der Woche. Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank. Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dem Thema gab es 2017 einen ersten Vorstoß der damaligen CDU/FDP-Fraktion. Während der Kommunalwahl haben verschiedene im Saal versammelte Parteien sich für ein 24-Stunden-Ordnungsamt auch ausgesprochen. Auch Sie, Herr Oberbürgermeister, haben im Oberbürgermeister-Wahlkampf angekündigt, dass sie ein 24-Stunden-Ordnungsamt einführen wollen. Wir als SPD-Fraktion unterbreiten nun einen konkreten Vorschlag, wie das aussehen kann.

Damit das Ordnungsamt, fernab vom vielbeschworenen Knöllchen verteilen, das Gefühl der öffentlichen Sicherheit in der Stadt verbessern kann, wollen wir unter anderem die personelle Situation so verbessern, dass das Ordnungsamt künftig 24 Stunden und sieben Tage die Woche erreichbar und im Einsatz ist, die zivile Streifen erhöhen und feste und öffentlich präsenzte Dienstsitze des Ordnungsamtes in den Stadtteilen einrichten. Uns ist klar, dass die Einführung eines 24-Stunden-Ordnungsamtes mit diesen Prämissen nicht von heute auf morgen und nicht umsonst funktioniert. Daher soll die Verwaltung nach unserem Beschluss des Antrages im kommenden Jahr einen Fahrplan zur Einführung und zu den dadurch entstehenden Kosten darstellen. Auf Basis dieser Grundlage lässt sich dann abschließend und in Kenntnis aller Fakten diskutieren, wie umgesetzt werden kann, was viele im Rat hier während des Wahlkampfes angekündigt haben. Daher bitte ich um Ihre Zustimmung. Vielen Dank.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Wels.

Herr Wels

Ja, meine Damen und Herren, wir als Fraktion Hauptsache Halle schließen uns natürlich diesem Antrag der SPD-Fraktion an. Er ist inhaltlich sachlogisch richtig. Es gibt wirklich in vielen Stadtteilen eine deutliche Zunahme an nächtlichen Ruhestörungen, Lärmbelästigungen, Müllbelästigungen etc. pp. Und es gibt durchaus in einigen Stadtgebieten einen erhöhten Sicherheitsbedarf: Neustadt, Südstadt, Silberhöhe. Da muss man an der Stelle einwirken und genau das ist der richtige Ansatz, die Verwaltung dahingehend zu beauftragen, langfristig oder mittelfristig Wege zu finden, um dort Einhalt zu gebieten, wenn eine nächtliche zusätzliche Bestreifung durch Polizei eben nicht möglich erscheint. Danke.

Frau Müller

Danke. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, volle Zustimmung zu den Ausrichtungen des Antrages. Inhaltlich sind wir im übertragenen Wirkungskreis und natürlich auch in der ursprünglichen Angelegenheit des Hauptverwaltungsbeamten. Wir hatten ja angekündigt, dass wir diese Schritte mitgehen. Das ist unstrittig. Ich möchte auch hier ankündigen, dass ich dieser Verfahrensweise ausdrücklich zustimme, auch Mitte des nächsten Jahres, spätestens, diesen Fahrplan vorlege, sodass wir uns darauf einstellen können. Aber bitte hier nochmal der Hinweis: Sowie Sie einen Beschluss treffen, ist dieser Beschluss rechtswidrig. Und ich würde ganz gern diese Protokollnotiz, die ich eben gemacht habe, auch ganz gern verbindlich festhalten. Würde auch regelmäßig im Ordnungsausschuss berichten darüber, sodass wir hier mit diesem Fahrplan und mit dieser Vereinbarung dann vorankommen. Dann haben wir vollständige Übereinstimmung.

Frau Müller

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank. Es freut uns ja, dass unsere damalige Initiative hier so breite Zustimmung erfährt im Stadtrat. Allerdings finden wir das mit dem Antrag ein bisschen problematisch. Wir haben es gerade wieder gehört. Er greift in die Rechte des Oberbürgermeisters ein und er wird dann Widerspruch einlegen und damit ist dem Anliegen eigentlich auch keinem Nutzen getan. Wir wollen alle das gleiche. Herr Dr. Wiegand hat gerade erklärt, dass er das auch umsetzen möchte. Mit dem Antrag tun wir uns jetzt keinen Gefallen. Stellen wir uns mal vor, er findet jetzt keine Mehrheit oder er wird beschlossen und dann legt er Widerspruch ein. Das öffentliche Signal wäre schon fatal. Also, wir würden dafür plädieren, dass wir Herrn Dr. Wiegand jetzt beim Wort nehmen. Er hat es jetzt erklärt. Wir nehmen das zu Protokoll und würden Sie natürlich dann noch regelmäßig befragen beziehungsweise erwarten, dass Sie uns auch dann entsprechend berichten. Und dann bedarf es dieser Beschlussfassung eigentlich nicht.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Also, abgesehen davon, ob das jetzt zulässig ist oder nicht diesen Beschluss zu fassen, haben wir vor anderthalb Stunden in Kurzfassung den Haushalt hier vorgestellt bekommen und da waren unter anderem zwei Zahlen drin. Da stand, dass wir Personalkosten einsparen und dass es eine globale Minderausgabenerhöhung um weitere 0,5 Millionen Euro geben soll, und die kommt, welche Überraschung, aus den Personalkosten. Das macht also insgesamt 3 Millionen, die wir da einsparen wollen. Ich sehe gar nicht, wie Punkt fünf erfüllt werden soll unter der Voraussetzung, dass wir das beschließen und auch dem folgen, was die Stadtverwaltung jetzt im Rahmen der Vorstellung heute zum Haushalt hier an Zahlen vorgelegt hat. Ich glaube, wir sollten das ad acta legen und uns mit den Dingen beschäftigen, die wir heute geliefert bekommen haben und dass man dann, entweder im Zuge der Beratungen zum Haushalt das bespricht, dann müssen Zahlen, die wir heute hier bekommen haben, korrigiert werden. Weil, ich kann nicht das eine vorschlagen und dem anderen das versprechen. Das funktioniert nicht, meine Damen und Herren. So können wir nicht miteinander umgehen. Wir können nicht sagen, ich bin dafür, aber lege einen Haushalt vor, wo ich genau an den Stellen Kosten einsparen will. Und die wollen jetzt möglicherweise Personalkostenerhöhung verursachen. Wie das kompatibel werden soll, ist mir noch nicht klar.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Meerheim, das ist eine Fehlinterpretation. Aber komplett. Das, was wir Ihnen hier heute vorgestellt haben, ist die Einschätzung für das nächste Haushaltsjahr. Und der Antrag sagt ja nichts anderes: In den nächsten Jahren mit einem Fahrplan. Das heißt, wir werden aber weiter daran arbeiten, auch hier die Schwerpunkte personalmäßig in der Verwaltung umzuschichten. Deshalb schließt das eine das andere überhaupt nicht aus. Und deshalb ist es absolut legitim, daran zu arbeiten, an diesem Ziel. Und das, was Sie im letzten Rückschluss auf den heutigen Haushalt sehen, dass hat damit überhaupt gar nichts zu tun, weil dieser Haushalt dann hier auch konkret mit Stellen untersetzt ist. Und das ist eine Maßnahme in die Zukunft. Deshalb ist das, glaube ich, eben, was Sie dargestellt haben, in sich widersprüchlich und passt überhaupt.

Frau Müller

Herr Meerheim, ich setze Sie dann an die Rednerliste wieder dran. Jetzt ist erst mal Herr Eigendorf dran.

Herr Eigendorf

Vielen Dank lieber Kollege Scholtyssek. Ich hatte jetzt kurz das Gefühl, Sie würden für den Antragsteller sprechen mit Ihrem Wortbeitrag, dafür sitzen Sie noch falsch, aber das können wir ja zur nächsten Ratssitzung verändern. Im Übrigen, Herr Oberbürgermeister, bin ich Ihnen sehr dankbar für die Erklärung. Wir werden Sie an Ihren Worten und an Ihren Ankündigungen messen und ziehen den Antrag hiermit zurück. Vielen Dank.

Frau Müller

Gut, dann gehe ich davon aus, dass der noch angemeldete Redebedarf damit hinfällig ist und der Antrag ist zurückgezogen.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen 24 h-Dienst der städtischen Ordnungskräfte an sieben Tagen in der Woche einzurichten.
- 2) Um Verstöße gegen die Stadtordnung verstärkt ahnden zu können, soll die zivile Bestreifung in den Stadtteilen erhöht werden.
- 3) Teile des Ordnungsamtes sollen künftig eine zentrale Einsatzgruppe, die bei besonderen Lagen (bspw. nächtliche Ruhestörungen) zusätzlich zum Einsatz kommen, und eine Fahrradstaffel sein.
- 4) In allen Stadtteilen sollen feste und öffentlich präsenste Dienstsitze des Ordnungsamtes eingerichtet werden.
- 5) Dem Stadtrat ist bis zu seiner Sitzung im Januar 2020 eine Beschlussvorlage vorzulegen, die die entsprechenden personellen, sächlichen, strukturellen und finanziellen Bedarfe aufführt.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Anschaffung mobiler Fahrradabstellanlagen Vorlage: VII/2019/00562

Herr Schied brachte den Antrag im Namen der Fraktion DIE LINKE ein und verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Frau Dr. Burkert verwies den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Frau Thomann sagte, dass der Antrag der SPD-Fraktion ein Vorschlag für die Umsetzung des im März dieses Jahres beschlossenen Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu zusätzlichen Fahrradabstellplätzen am Hauptbahnhof (Vorlagen-Nr.: VI/2019/04991) ist, welcher eigentlich von der Verwaltung hätte kommen müssen. Die von der Verwaltung aufgeführten Ablehnungsgründe seien nicht stichhaltig.

Frau Gellert sagte, dass der Antrag dann zur Beratung stehen sollte, wenn sich die finanzielle Situation der Stadt verbessert hat. Der Antrag sollte zurückgestellt werden.

Frau Mark schloss sich den Äußerungen an. Es geht um Prioritätensetzung und prioritär sehe man den Bereich Ordnung und Sicherheit mehr im Fokus als die Thematik der Fahrradabstellanlagen. Darüber hinaus wurde ein entsprechender Beschluss bereits gefasst, so wie von Frau Thomann dargelegt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und
Ordnung,
sowie durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) beschafft in geeignetem Umfang mobile Radabstellanlagen. Diese sollen für die kurzfristige Entlastung der Fahrradparksituation am Hauptbahnhof eingesetzt werden und langfristig den gegenwärtigen Mangel an Fahrradabstellmöglichkeiten bei öffentlichen Großveranstaltungen beseitigen helfen.

**zu 9.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen
Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00563**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Sie ließ das Abstimmungsverhalten auszählen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

24 Ja Stimmen
25 Nein Stimmen
2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Dem Beschluss zur Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse (VI/2019/05296) aus der Sitzung des Stadtrates vom 03. Juli 2019 folgend werden gemäß § 49 Abs. 3 KVG LSA Herr Steffen Lehns für den Kulturausschuss, Herr David Hügel für den Sportausschuss, Herr Udo Nistripke für den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung, Herr Eckart Rahmelow für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Herr Jonas Jung für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, Frau Hanna Tabea Rösler für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Herr Thorben Vierkant für den Rechnungsprüfungsausschuss als Sachkundige Einwohner berufen.

zu 9.3 Antrag des Stadtrates René Schnabel (AfD) zur Modernisierung der Beleuchtung im Bereich der oberen Leipziger Straße
Vorlage: VII/2019/00555

Herr Schnabel brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Beleuchtung vom Bereich Riebeckplatz über die Leipziger Straße bis hin zum Leipziger Turm zu modernisieren.
Es sind hierbei direkte, indirekte sowie effiziente Leuchtmittel in Betracht zu ziehen.

zu 9.4 Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zum Beschluss der Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“
Vorlage: VII/2019/00588

zu 9.4.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zum Beschluss der Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“ (VII/2019/00588)
Vorlage: VII/2019/00673

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), AfD-Stadtratsfraktion Halle und SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

9.4, Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und MitBürger / Die PARTEI zum Schluss der Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international“. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vor. Gibt es Redebedarf? Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Damen, meine Herren, der Anschlag vom 9. Oktober hat unserer Stadt in einer Art und Weise in das Licht der Öffentlichkeit gerückt, die sich niemand von uns wünschen kann. Der Angriff des Rechtsextremen auf die Synagoge und die Ermordung von zwei Menschen steht dabei nicht für sich selbst. Bereits seit längerer Zeit gefährden antisemitische und rassistische Straftaten Demokratie und Zusammenleben in unserem Land. Solche Taten entstehen nicht aus dem Nichts. Sie entstehen aus der „Wir gegen Die“-Rhetorik, aus der Verbreitung von Verschwörungstheorien und unverhohlener Hetze. Wir, die antragstellende Fraktion, wollen mit dieser Resolution klarmachen, in unserer Stadt ist für solche Haltung, ist für Rassismus kein Platz. Wir erklären unsere Solidarität mit allen Bürgerinnen und Bürgern, die von Antisemitismus und Rassismus betroffen sind und sind mit unseren Gedanken bei all jenen, deren Angehörige und Freunde, Opfer solcher Straftaten geworden sind. Die Resolution ist darüber hinaus aber eine Selbstverpflichtung, dass wir hier als Mitglieder dieses Stadtrates die Auseinandersetzung mit Respekt und frei

von Hetze führen. Um den Gefahren für unsere Demokratie und unser Zusammenleben entgegenzutreten, ist es unabdingbar, dass eine jede Hallenserin und ein jeder Hallenser Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und Hetze entschieden entgegentritt. Dabei haben wir als Mitglieder des Stadtrates eine Vorbildfunktion. Ich bitte Sie daher heute hier um Zustimmung. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Raue.

Herr Raue

Ja, meine Damen und Herren, wir haben natürlich den Änderungsantrag vor allem deswegen gestellt, weil bei Ihnen gleich mit der ersten Zeile ein sachlicher Fehler drin ist. Und zwar behaupten Sie, dass der Attentäter mitgeteilt hätte, dass er Rechtsextremist sei. Dem ist nicht so. Und das wissen Sie auch besser. Der Attentäter ist Antisemit. Und das haben wir erst mal grundsätzlich richtiggestellt. Und dann geht uns Ihr Antrag insgesamt nicht weit genug. Weil, wenn wir über Antisemitismus reden, dann müssen wir natürlich über sehr viel mehr gesellschaftliche Personen sprechen als nur über Rechtsextremisten, wie das im Prinzip aus Ihrem Antrag und Ihrer gängigen Argumentation zu vernehmen ist. Und deswegen haben wir einen Änderungsantrag gemacht und bitten da um Zustimmung. Und, weil mir das so wichtig ist, habe ich mir was aufgeschrieben. Und zwar will ich Ihnen das mal kurz verlesen:

Wir sind weltoffen, vielfältig und international. Wenn der Stadtrat den Ist-Zustand der Bevölkerungszusammensetzung in Halle beschreiben möchte, dann kann man diesem Antrag so zustimmen. Jedoch interpretieren wir Ihre Resolution nicht als Zustandsbeschreibung, sondern als Forderung nach kritikloser Hinnahme einer linksideologischen grenzenlosen Weltoffenheit und eines totalitären Internationalismus. Dafür instrumentalisieren Sie auch nun die Opfer des schrecklichen Amoklaufs eines Antisemiten in Halle. Die AfD-Fraktion hat den Opfern und Angehörigen bereits ihr Mitgefühl ausgedrückt und den menschenverachtenden Anschlag verurteilt. Auch den Besuchern der Synagoge haben wir unsere Solidarität versichert. Leider bedienen Sie sich in Ihrem Antrag ausschließlich Ihrer klassischen Kampfbegriffe: Rechts, Rassismus, Hetze. Und versuchen Antisemitismus als rechtes Phänomen zu markern. Regelmäßig behaupten Sie, dass die AfD dafür die politische Verantwortung trägt. Doch Antisemitismus ist international und sehr verbreitet, auch unter den selbstgerechten Linken. Die Linke hat keinen Grund, hier den Wächter der Moral zu spielen. Antisemitismus ist auch bei den höchsten Repräsentanten der Linkspartei im Bundestag zu finden. Weltoffenheit bedeutet für uns nicht, unser Sozialsystem zu internationalisieren, wie Sie es tun. Mit Ihrer Resolution soll jeder Bürger, der Kritik an Ihrer Interpretation von Weltoffenheit, Internationalität und Vielfalt äußert, aus der Gruppe der Demokraten herausgedrängt und mundtot gemacht werden. Nach dem Motto: Jede Meinung ist erlaubt, solange es nicht meiner Meinung widerspricht. Deshalb haben wir mit unserem Änderungsantrag die Resolution so erweitert und umfassender gestaltet sowie Problemgruppen benannt. Weiterhin interpretieren wir den Begriff weltoffen weniger universell als Sie. Sie leiten aus dem Begriff weltoffen stets die Aufnahmebereitschaft und Willkommenskultur ab. Wir sehen jedoch eine rationale Grenze unserer Aufnahmemöglichkeiten.

Unserer Aufnahmemöglichkeiten werden natürlich begrenzt durch:

1. die Akzeptanz und Durchsetzbarkeit unserer rechtsstaatlichen Regeln und Gesetze,
2. durch die Arbeitsplatzkapazität unserer Volkswirtschaft,
3. die erforderliche strategische Ausrichtung unserer Gesellschaft auf Bildung, Forschung und Wissenschaft,
4. durch die schicksalhafte Notwendigkeit ausreichender Ressourcen für die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung Deutschlands bereitzustellen,
5. durch die kontokulturelle Integrationsfähigkeit von Zuwanderung und

6. durch die begrenzte Leistungsfähigkeit unserer staatlichen Sozialfürsorge.

Ich persönlich kenne keinen Zuwanderer, der nach Deutschland gekommen ist, um dieses Land aufzubauen oder dessen Wohlstand zu mehren. Ich bin der Auffassung, dass die allermeisten Zuwanderer in dieses grandiose Land kommen, um entweder von seiner stabilen, rechtsstaatlichen, infrastrukturellen und seinen wissenschaftlichen Rahmenbedingungen zu profitieren oder die Vollversorgung unseres umfassenden Sozialsystems zu genießen und natürlich auch, um in persönlichen Partnerschaften mit Deutschen zu leben. Insofern können Weltoffenheit und Internationalismus nie Selbstzweck sein wie Sie es ableiten, blind und bedingungslos vollzogen werden, sondern sie müssen stets Folgen bedacht und im Interesse der Aufnahmegesellschaft und im Hinblick sich ändernden Rahmenbedingungen ...

Frau Müller

Herr Raue, ich mache Sie auf das Ende Ihrer Redezeit aufmerksam.

Herr Raue

... neu bewertet werden. Frau Vorsitzende, ich würde gern als Fraktionsvorsitzender danach nochmal sprechen. Ich würde es aber gern im Zusammenhang vortragen.

Frau Müller

Herr Raue, Sie haben als Fraktionsvorsitzender jetzt 5 Minuten geredet. Dankeschön. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Herr Raue

Dann würde ich mich nochmal melden zum Antrag, denn ich kann ja zwei Mal sprechen.

Frau Müller

Und Herr Helmich, bitte.

Herr Helmich

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Frau Vorsitzende. Wir haben ja von ganz vielen unpolitischen Initiativen gehört, die die AfD in den nächsten Wochen und Monaten in den Stadtrat einbringen möchte. Ich glaube, heute hat sie mit dem wirklich rassistischsten Antrag, der in dieser Wahlperiode auf den Tisch gekommen ist, einmal ganz klar gezeigt, dass es hier an unpolitisch konstruktiver Arbeit überhaupt nicht liegt. Und ich möchte Ihnen gerne noch ein paar Beispiele am Text liefern. Textarbeit ist immer was Schönes. Da kann man das ganz konkret machen.

Erst mal die Korrektur. Selbstverständlich, der Attentäter hat ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, was gespeist wurde aus Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus. Und das hat er in seinem Video, dem widerlichen Video und auch in der textlichen Ausarbeitung seines sogenannten Manifests mehr als deutlich gemacht. Also, dieser Punkt ist eindeutig widerlegt. Und die Behörde, die sie auch zum Prüffall erklärt hat, hat das auch eins zu eins bestätigt.

Der zweite Punkt und das, finde ich, ist schon fast der ekligste. Sie machen im zweiten Abschnitt eine klassische Täter-Opfer-Umkehr. Sie haben mitbekommen, dass der Attentäter in das Döner Geschäft auf der Ludwig-Wucherer-Straße eingedrungen ist, mit dem Wissen und mit der Erkenntnis, dass dies ein ausländisches Lokal, ein ausländischer Imbiss ist, der für ihn, also für den Attentäter, ein Fremdkörper darstellt. Und auch all jene, die dort an diesem Tag in diesem Lokal waren, waren für diesen Mann ein Fremdkörper in seiner Ideologie. Und deshalb ist dort ein Mann gestorben, weil er auch einer rassistischen Intention zum Opfer gefallen ist.

Der nächste Punkt. Sie glauben nicht, dass Halle international ist. Sie schließen 23.000 Menschen mit nicht-deutschem Pass, die in Halle leben per se aus. Ich weiß nicht, wie Sie das schaffen wollen, wahrscheinlich wollen Sie das machen wie einige Ihrer Kollegen im Bundestag und Landtag, schön aus dem Land raus, dann sind angebliche Probleme ja auch gleich weg. International bleibt diese Stadt. Das wollen wir mit dieser Resolution klarmachen.

Der nächste Punkt ist ein klassisches Ressentiment. Sie schreiben von migrationsverursachter Gewalt. Das ist eine klassische Verallgemeinerung. Sie unterstellen allen Migrantinnen und Migranten, und Sie schreiben in dem Absatz zuvor auch allen Nachkommen von Migrantinnen und Migranten eine kriminelle Grundenergie. Das ist klassischer Rassismus. Und es noch wirklich unglaublicher, dass sie in einem Wort vorher das Wort Rassismus stehen lassen, aber mit dem nächsten Wort rassistisch argumentieren. Das ist unerträglich. Und Sie schreiben am Anfang der Ausführung von einer, wie Sie nennen, Kulturtradition. Ich sage Ihnen, was eine Kulturtradition in Deutschland ist. Bedauerlicherweise sind antisemitische Grundhaltung eine Kulturtradition in Deutschland, denn dieses Jahr, dieses Jahr, ich rede jetzt. Dieses Jahr gab es erneut eine Antisemitismusstudie. 28 % der Bundesbürger glauben nach dieser Studie, dass Juden in der deutschen Wirtschaft zu viel Einfluss haben. 24 % glauben, dass Juden in der Weltpolitik zu viel Einfluss haben. Wir müssen diesen Problemen unabhängig von Rassismus und Ressentiments, die Sie hier absolut erneut streuen wollen, diesen Antisemitismus den Kampf ansagen. Und ist eine Schande, dass Sie das zwei Monate, noch nicht mal zwei Monate nach diesem Attentat, diesen ekligen Änderungsantrag torpedieren. Da sollten Sie sich wirklich schämen.

Frau Müller

Herr Dr. Bergner, bitte.

Herr Dr. Bergner

Herr Oberbürgermeister, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Raue, ich finde die Diskussion, die Sie hier ausgelöst haben, ausgesprochen bedrückend. Ich weiß nicht, ob es Ihre Absicht war einen solchen Schlagabtausch zu provozieren. Aber er scheint mir bezogen auf den Anlass, über den wir reden und der Anlass dieser Resolution gewesen ist, der terroristische Anschlag am 9. Oktober auf die jüdische Gemeinde und der Ermordung von zwei Menschen, scheint mir ein solcher Schlagabtausch, wie er sich jetzt abspielt, unangemessen zu sein.

Mir scheint es wichtig zu sein, noch einmal hervorzuheben. Wir alle waren geschockt am 9. Oktober und wir sollten anerkennend hier im Stadtrat feststellen, dass sich unsere hallese Stadtgesellschaft auf dieses schreckliche Ereignis in einer vorbildlichen Weise reagiert hat, mit Solidarität und mit Betroffenheit, die weit über unsere Stadt hinaus Eindruck hinterlassen hat. Und wir hatten auch im Stadtrat doch schon überzeugende Versuche gehabt zu dieser Situation Stellung zu nehmen. Ich erinnere an den Beitrag im Amtsblatt und ich möchte auch an die Rede unserer Vorsitzenden erinnern, die sie in der letzten Stadtratssitzung gehalten hat und nach der wir gemeinsam eine Schweigeminute abgehalten haben. Insofern hat meine Fraktion nicht ganz verstanden, weshalb wir jetzt, gewissermaßen versteckt in der allgemeinen Tagesordnung zwischen allen möglichen Sachbeschlüssen, noch einen solchen grundsätzlichen Antrag brauchen, der was nun leider eingetreten ist, noch eine sinnlose Debatte auslöst.

Können wir nicht uns darauf verständigen, und wir werden dem Antrag der Resolution, so wie sie ist, zustimmen. Erstens, dass uns diese Debatte nicht weiterbringt und zweitens, dass es auch jetzt vielleicht nicht mehr auf Grundsatzbeschlüsse ankommt, sondern dass wir als Stadtrat gerufen sind, Initiativen im Sinne unserer Betroffenheit einzubringen. Initiativen beispielsweise, wie wir jüdisches Leben als integralen Bestandteil unserer Stadtkultur stärken können. Die Jüdischen Kulturtag waren ein sehr gutes Beispiel in dieser Hinsicht.

Initiativen, wie wir die Frage stellen, wie wir Gewalt und Hasskriminalität vorbeugen können. Ich glaube, uns bringen jetzt Grundsatzbeschlüsse und Debatten, wie wir sie gerade erlebt haben, nicht weiter. Wir sind gefordert mit konkreten Initiativen einen Beitrag zudem zu leisten, was, das will ich ruhig anerkennen, dieser Resolution eigentlich intendiert. Herzlichen Dank.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bergner, wir haben eine Vielzahl von Initiativen gestartet, das wissen Sie, das haben wir auch immer wieder dargestellt, sowohl innerhalb der Verwaltung, außerhalb der Verwaltung. Wir haben die einzelnen Maßnahmen aufgeführt, das möchte ich nur noch ergänzen. Ich kann dem, was Sie gesagt haben, nur zustimmen, aber mit der Ergänzung, wir sind bereits initiativ und werden auch innerhalb der Verwaltung uns entsprechend umstellen. Auch hier hatte ich darüber berichtet, dass wir eine eigene Fachstelle Demokratie einbauen, um gerade jene Unterstützungsleistungen mit Initiativen auch durchzuführen.

Frau Müller

Und jetzt hatte ich einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wolter, bitte schön.

Herr Wolter

Ja, ich danke Herrn Dr. Bergner für die klaren Worte. Und deswegen stelle ich im Namen meiner Fraktion den Antrag auf Abbruch der Debatte.

Frau Müller

Gut, darüber stimmen wir ab. Herr Raue, wir haben jetzt einen, nein, Herr Raue, Sie bleiben jetzt ...

Herr Raue

Geschäftsordnungsantrag, ich möchte den ...

Frau Müller

Herr Raue, setzen Sie sich bitte nochmal hin und lassen Sie mich erstmal ausreden. Sie können hier nicht einfach selber ans Mikro. Ich gebe schon das Kommando, wenn es soweit ist. Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Möchte jemand zum Geschäftsordnungsantrag reden, gegenreden? Herr Raue.

Herr Raue

Meine Damen und Herren, das ist eine so wichtige Debatte und wir müssen jetzt dann doch die Grundsatzdebatte führen, weil ich der Auffassung bin, dass es die CDU nicht ganz verstanden hat wie sie hier vereinnahmt wird durch Links-Grün und in eine Richtung gedrängt wird, in die sie eigentlich auch gar nicht passen. Weil, ich hatte extra nochmal den Antrag rumgegeben und deswegen nehme ich mal an, dass der auch bei Ihnen zur Kenntnis gelangt ist. Also, dieser Antrag ist so erweiternd, und das ist auch richtig so, weil der auch viele kulturelle, islamistische ...

Frau Müller

Herr Raue, zum Geschäftsordnungsantrag, bitte.

Herr Raue

... aus dem Grund bin ich der Auffassung, sollten wir die Debatte unbedingt fortsetzen. Wir dürfen sie hier nicht abbrechen, weil das einigen unangenehm ist. Und ich sage Ihnen auch ganz deutlich. Ich werde, wir können das hier abbrechen. Ich werde dann eben eine persönliche Erklärung abgeben. Wie auch immer. Aber ich hab noch drei Minuten, vier

Minuten Ihnen etwas mitzuteilen. Das würde ich gern machen und sie können darauf auch gerne noch einmal reagieren.

Frau Müller

Herr Raue, wir haben Ihr Anliegen zum Geschäftsordnungsantrag verstanden. Danke. Ich stimme den Geschäftsordnungsantrag jetzt ab. Wer ist für Abbruch der Debatte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen, bitte. Und die Stimmenthaltungen. Bei einigen Gegenstimmen ist der Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte angenommen.

Wir gehen weiter zu, stimmt. Wir gehen in die Abstimmung. Herr Raue, ich bin jetzt hier mitten in der Debatte. Wir gehen jetzt ins Abstimmungsverfahren und ich stimme zuerst über den Änderungsantrag der AfD, ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abstimmen. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen, bitte. Und die Stimmenthaltungen. Bei einigen Ja-Stimmen ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann stimme ich jetzt über den nicht geänderten Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger / Die PARTEI ab. Wer stimmt diesem Antrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Bei einigen Gegenstimmen ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Herr Raue, erklären Sie sich bitte persönlich.

Herr Raue

Also, meine Damen und Herren, damit haben Sie sich keinen Gefallen getan. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund unseren Antrag in der Form zu behandeln, wie Sie es taten. Aber ich möchte eingehen auf die Grüne Fraktion, die jetzt nicht mehr da ist und den Vorwurf, Hass und Hetze würde durch uns verbreitet werden.

Ich will nur ein Beispiel nennen: Ich wünsche den Deutschen Zuwanderung bis zum Volkstod, Sebastian Striegel, Mitglied der Grünen-Landtagsfraktion über Twitter. Ralf Stegner, SPD: AfD Personen, Positionen und Personal muss man überall angreifen. Also, wenn das nicht Hass und Hetze ist. Ich weiß es nicht. Zu Ihrer Information, Halle ist keine internationale Stadt, sondern ist eine deutsche Stadt in Sachsen-Anhalt.

So, und dann zu den Linken. Links sein und Antisemitismus schließen sich nicht gegenseitig aus. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, wirft Teilen der Linken blind wütigen Israelhass vor. Ich erinnere an den Antisemitismus in der Linken-Bundestagsfraktion. 2014 wurden von der Linken-Abgeordneten Groth und Höger zwei Israel Kritiker in die Bundestagsfraktion geschmuggelt. Stichwort Toilettenaffäre. Wikipedia schreibt zu Inge Höger: Zusammen, und jetzt passen, hören Sie bitte genau zu: Zusammen mit anderen unterstützte Höger den Aufruf zu einer Demonstration am 18. Juli 2014 in Essen. An ihr nahmen rund 1500 Personen teil, wobei unter anderem antiisraelische und den Holocaust leugnende Transparente mit der Aufschrift „Israel Terrorist“ und „Angeblich früher Opfer heute selber Täter“ sowie ein Hakenkreuz auf einer Israelfahne gezeigt wurden. Dabei waren auch Parolen wie: Kindermörder Israel. Oder Sprechchöre wie: Adolf Hitler und Tod den Juden zu hören. Der strafbare Hitlergruß sowie Isis- und Hamas-Fahnen wurden gezeigt. Nach Demonstrationsende wurden zahlreiche Teilnehmer einer Gegenkundgebung angegriffen. CDU, SPD und Grüne kritisierten die NRW Linke, Nordrhein-Westfälische Linke wegen des Demonstrationaufrufes. So sprach CDU Landeschef Armin Laschet von den größten antisemitischen Ausfällen in Nordrhein-Westfalen, die es seit langem gegeben hat. Der Zentralrat der Juden in Deutschland zeigte sich angesichts der Vorwürfe schockiert und bestürzt. Das Simon Wiesenthal Zentrum setzte den Vorwurf, den Vorfall, auf die vierte Stelle der weltweit schlimmsten antisemitischen, antiisraelischen Vorfälle des Jahres 2014 und betonte, Inge Höger ...

Frau Müller
Herr Raue ...

Herr Raue

... und Anne Groth hätten eine wesentliche Rolle dabei gespielt Hass auf Israel zu schüren. Und das gleiche, das Simon Wiesenthal Zentrum bezeichnete Höger als extrem antiisraelisch und setzte sie auf die Top-Ten-Liste des Jahres 2014 was Antisemitismus betraf. Ich habe noch einiges anderes aufzuführen, ich bin aber grundsätzlich zum Ende gekommen. Ich habe Ihnen demonstriert, wie fadenscheinig und hinterhältig die Linke hier in diesem Haus agiert. Es wäre wichtig gewesen, dass die anderen Fraktionen das auch vorher gehört hatten. Ich hatte auch noch bisschen mehr. Aber egal. Es geht darum, Inge Höger ist wieder gewählt wurden 2018 oder die Frau Groth, das ist völlig egal, sie sind wieder gewählt wurden im Landesvorstand. Die Linke geht mit solchen Problemfällen in ihrer eigenen Partei nicht richtig, nicht sachlich richtig um.

Frau Müller

Herr Raue, es ist Schluss jetzt.

Herr Raue

Wir als AfD haben unseren Kandidaten abgezogen.

Frau Müller

Herr Raue, es ist jetzt Schluss.

- Ende Wortprotokoll -

**zu 9.4.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zum Beschluss der Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“ (VII/2019/00588)
Vorlage: VII/2019/00673**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt und unterzeichnet die folgende Resolution:

Resolution des Stadtrats der Stadt Halle (Saale) „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“

Nach dem Angriff eines schwerbewaffneten ~~Rechtsextremen~~ **Antisemiten** auf die Synagoge in Halle (Saale), in der über 50 Gläubige den wichtigsten jüdischen Feiertag Jom Kippur begingen, und dem anschließenden Mord an zwei Personen, hat der 27-jährige **Attentäter** ~~Rechtsextremist~~ bestätigt, dass er aus antisemitischen ~~und rechtsextremistischen~~ Motiven gehandelt hat.

Die Zunahme antisemitisch, **islamistisch, extremistisch, ethnisch, kulturtraditionell** und rassistisch motivierter Äußerungen und Straftaten im Land und in sozialen Netzwerken gefährdet unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Antisemitismus richtet sich in Worten und Taten gegen Menschen jüdischen Glaubens, jüdische Einrichtungen und gegen den Staat Israel. Für antisemitische Haltungen, die sich in Hetze, Gewalt und Boykottaufrufen zeigen, gibt es keine legitime Rechtfertigung. **Insbesondere**

fremdstämmigem Antisemitismus aus dem arabischen und afrikanischen Raum, von Geflüchteten, Zuwanderern und deren Nachfahren gilt es transparent und entschlossen entgegen zu treten.

Halle (Saale) ist eine weltoffene, vielfältige **und** tolerante ~~und internationale~~ Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft gut zusammen leben. **Die Klammer, die alles zusammenhält, ist die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates sowie die Leistungsfähigkeit unseres Sozialsystems.** In Halle (Saale) ist ~~kein~~ weder Platz für Rassismus, **noch für von Migranten ausgehende oder gegen sie gerichtete Gewalt.**

Vor diesem Hintergrund spricht der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) den von Antisemitismus ~~und~~ Rassismus, **migrationsverursachter-, islamistischer-, extremistischer und ethnisch-kultureller Gewalt** betroffenen Bürgerinnen und Bürgern seine uneingeschränkte Solidarität aus und verurteilt ausdrücklich jegliche Art von ~~antisemitisch und rassistisch motivierten~~ Diskriminierungen und Gewalt **aus den vorgenannten Motiven.**

Diese Resolution ist ebenso eine Selbstverpflichtung der hier vertretenen demokratischen Parteien, die politische Auseinandersetzung mit Respekt und frei von Gewalt und Hetze zu führen. Jeder Mensch in Halle (Saale) ist aufgerufen, **sich im Sinne dieser Resolution einzusetzen** ~~sich gegen antisemitische und rassistische Propaganda und Übergriffe zu stellen.~~

Die im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) vertretenen demokratischen Fraktionen werden sich stets dafür einsetzen, dass Gewalt, Rassismus und antisemitischer Hetze kein Raum gegeben wird.

Zusammen stehen wir gegen Antisemitismus, Rassismus ~~und~~ jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit **und alle Formen migrationsverursachter-, islamistischer-, extremistischer und ethnisch-kultureller Gewalt** ein. Für eine offene und tolerante Gesellschaft **in welcher der verantwortungsvolle Umgang mit begrenzten steuerfinanzierten Sozialleistungen eine Internationalisierung unseres Sozialstaates ausschließt, unsere rechtsstaatlichen Regeln und Gesetze von alle hier Lebenden geachtet sowie Meinungsvielfalt und Sachkritik als Teil unserer demokratischen Entscheidungsprozesse respektiert werden.** Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der Opfer sowie den Verletzten.

**zu 9.4 Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zum Beschluss der Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“
Vorlage: VII/2019/00588**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt und unterzeichnet die folgende Resolution:

Resolution des Stadtrats der Stadt Halle (Saale) „Wir sind weltoffen, vielfältig und international!“

Nach dem Angriff eines schwerbewaffneten Rechtsextremen auf die Synagoge in Halle (Saale), in der über 50 Gläubige den wichtigsten jüdischen Feiertag Jom Kippur begingen,

und dem anschließenden Mord an zwei Personen, hat der 27-jährige Rechtsextremist bestätigt, dass er aus antisemitischen und rechtsextremistischen Motiven gehandelt hat.

Die Zunahme antisemitisch und rassistisch motivierter Äußerungen und Straftaten im Land und in sozialen Netzwerken gefährdet unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Antisemitismus richtet sich in Worten und Taten gegen Menschen jüdischen Glaubens, jüdische Einrichtungen und gegen den Staat Israel. Für antisemitische Haltungen, die sich in Hetze, Gewalt und Boykottaufrufen zeigen, gibt es keine legitime Rechtfertigung.

Halle (Saale) ist eine weltoffene, vielfältige, tolerante und internationale Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft gut zusammen leben. In Halle (Saale) ist kein Platz für Rassismus.

Vor diesem Hintergrund spricht der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) den von Antisemitismus und Rassismus betroffenen Bürgerinnen und Bürgern seine uneingeschränkte Solidarität aus und verurteilt ausdrücklich jegliche Art von antisemitisch und rassistisch motivierten Diskriminierungen und Gewalt.

Diese Resolution ist ebenso eine Selbstverpflichtung der hier vertretenen demokratischen Parteien, die politische Auseinandersetzung mit Respekt und frei von Gewalt und Hetze zu führen. Jeder Mensch in Halle (Saale) ist aufgerufen, sich gegen antisemitische und rassistische Propaganda und Übergriffe zu stellen.

Die im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) vertretenen demokratischen Fraktionen werden sich stets dafür einsetzen, dass Gewalt, Rassismus und antisemitischer Hetze kein Raum gegeben wird.

Zusammen stehen wir gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Für eine offene und tolerante Gesellschaft. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der Opfer sowie den Verletzten.

**zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung eines Pilotprojektes „GumWalls“
Vorlage: VII/2019/00582**

Frau Hintz brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

Frau Mark sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Heinrich sagte, dass diese Idee skurril ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Jahr 2020 ein Pilotprojekt GumWalls durchzuführen.
2. In Absprache mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft sollen fünf geeignete und über das Stadtgebiet verteilte Standorte identifiziert werden, an denen GumWalls aufgestellt werden.

3. Das Pilotprojekt soll evaluiert werden und die Ergebnisse (Kostenaufwand und ggf. Einsparungen) sind dem Stadtrat in seiner Sitzung im November 2020 vorzulegen.

**zu 9.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur besseren sozialen Durchmischung in Stadtgebieten mit überdurchschnittlich hohen Mieten
Vorlage: VII/2019/00589**

Herr Eigendorf brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein und bat um Zustimmung.

Herr Scholtyssek sagte, dass es bereits eine Vereinbarung zwischen der Stadt und der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH gibt. Um dies trotzdem tiefer zu beraten, verwies er den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Frau Gellert fragte, wie durch die soziale Durchmischung in den Stadtteilen eine Bekämpfung der Kinderarmut erfolgen soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft,
Stadtentwicklung und Digitalisierung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Strategien geeignet sind, um die soziale Durchmischung in Stadtteilen mit überdurchschnittlich hohen Mieten und einem unterdurchschnittlichen Anteil an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern zu verbessern. Geprüft werden soll dabei insbesondere die Anwendbarkeit der Staffelung der Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) nach dem Vorbild der Städte Heidelberg und Bremen. Das Prüfergebnis wird im Februar 2020 im Hauptausschuss sowie im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vorgestellt.

**zu 9.9 Antrag der Freien Demokraten zum Tragen von Laternen
Vorlage: VII/2019/00591**

Herr Schöder brachte den Antrag im Namen der Freien Demokraten ein und bat um Zustimmung.

Herr Senius dankte für die Initiative und sagte, dass der Antrag für erledigt zu erklären sei.

Herr Wolter stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung, da der Prozess bereits in der Umsetzung sei.

Frau Mark erklärte den Antrag im Namen der Freien Demokraten für erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bei der Erstellung ihres neuen Konzepts für das Laternenfest das Tragen einer Laterne (Lampion) wieder in den Mittelpunkt des Festes zu stellen. Hierbei soll geprüft werden, ob sich Sponsoren dazu gewinnen lassen, Laternen anstelle von sonstigen Werbemitteln auszugeben. Auch sollte es die Möglichkeit geben, Laternen auf dem Fest zu erwerben. Die Stadtverwaltung sollte zudem prüfen, ob sie in den Kindergärten und Schulen darauf hinwirken kann, dass mit den Kindern Laternen gebastelt werden. Wettbewerbe um die schönsten Laternen oder die Nutzung der Laterne als Gutschein (zB. Freifahrt mit der Havag) wären denkbare Konzepte für eine öffentliche Vermarktung. Zudem soll die Stadt prüfen, inwieweit sie durch Bereitstellung eigener Laternen diese Tradition wieder beleben kann.

zu 9.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin Vorlage: VII/2019/00611

Frau Müller bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Als sachkundige Einwohnerin im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss scheidet Frau Juliane Uhl aus. Frau Elke Schwabe wird als sachkundige Einwohnerin in diesen Ausschuss berufen.

zu 9.11 Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: VII/2019/00665

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Dann haben wir 9.11: Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umsetzung im Beirat der Stadt Marketing Halle GmbH. Gibt es dazu Redebedarf? Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank. Ich beantrage satzweise Abstimmung.

Frau Müller

Bitte? Ich habe das ...

Herr Eigendorf

Frau Vorsitzende, ich beantrage die punktweise, also in dem Fall die Abstimmung der beiden Sätze.

- Zwischenrufe -

Frau Müller

Es handelt sich hier nicht um einzelne Punkte in dieser Vorlage. Eine Einzelsatzabstimmung geht nicht. Gibt es weiteren Redebedarf dazu? Herr Lange.

Herr Lange

Ich habe mal eine Frage, Frau Vorsitzende. Das mag ja sein, dass das in dem Antrag so geschrieben ist, aber es sind doch zwei unterschiedliche Vorgänge. Der eine Vorgang ist eine Abberufung, der andere Vorgang ist eine, sozusagen, erneute Besetzung. Und über diese beiden Vorgänge muss ich doch getrennt abstimmen können.

Frau Müller

Herr Schreyer, ich würde Sie bitten dazu nochmal was zu sagen.

Herr Schreyer

Die Regelung Ihrer Geschäftsordnung hierzu lautet: Enthält eine Beschlussvorlage oder ein Antrag mehrere Unterpunkte, so ist darüber insgesamt abzustimmen, es sei denn, eine Fraktion oder der Oberbürgermeister verlangt getrennte Abstimmung der Unterpunkte. Der Antrag enthält keine Unterpunkte. Insoweit gibt es keine getrennte Abstimmung.

Frau Müller

Gut. Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Dann stelle ich jetzt den Änderungsantrag auf Punktierung. Also, erster Satz: Punkt 1. Zweiter Satz: Punkt 2.

Frau Müller

Können wir das bitte mal schriftlich haben? Herr Dr. Meerheim, wenn Sie hier Änderungsanträge stellen, dann bitte nicht so patzig, dann bitte. Herr Raue.

Herr Raue

Also, ich würde die Verwaltung gerne an dieser Stelle nochmal bitten, insbesondere die Rechtsabteilung, nochmal klarzustellen, ob das in diesem Falle auch so möglich ist, weil das Vorschlagsrecht liegt ja nun allein bei uns. Und diesen, unseren Antrag jetzt einfach nur auseinander zu knüpfen. Ich glaube, das kann man bei vielen machen, aber ich glaube, bei diesem geht es nicht, weil es hier um die Besetzung geht und um unsere eigene Empfehlung. Und die liegt nunmal in der AfD-Fraktion und nicht in der Fraktion der Grünen oder der Linken.

Frau Müller

Gut. Wir haben jetzt zum Antrag der AfD-Fraktion einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der beinhaltet ...

Herr Raue

Wir ziehen den Antrag zurück.

Frau Müller

Damit wäre auch der Änderungsantrag hinfällig. Der Antrag der AfD-Fraktion ist zurückgezogen. Herr Feigl.

Herr Feigl

Ich hätte gerne eine Erläuterung, ob man einen Dringlichkeitsantrag zurückziehen kann, der ja sozusagen wegen seiner Dringlichkeit auf die Tagesordnung gekommen ist. Also, vertagen können wir ihn nicht. Können wir ihn wieder zurückziehen?

Frau Müller

Herr Schreyer, bitte.

Herr Schreyer

Selbstverständlich kann der Antragsteller vor der Abstimmung seinen Antrag zurückziehen. Das hat auch nichts mit der Dringlichkeit zu tun. Sie haben nur in der Geschäftsordnung eine Regelung enthalten, dass keine automatische Verweisung bei Dringlichkeitsanträgen, sofern sie auf die Tagesordnung genommen wurden sind, mehr möglich ist. Das Recht des Antragstellers, seine Anträge vor der Abstimmung zurückzuziehen, ist dadurch unabhängig.

Frau Müller

Gut, damit ist der Antrag rechtskonform zurückgezogen. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE damit hinfällig. Wir sind fertig mit Punkt 9.

- Ende Wortprotokoll -

**zu 9.11 Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2019/00665**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Als sachverständiges Mitglied für den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH scheidet Herr Donatus Schmidt aus. Herr Steffen Lehns wird als sachverständiges Mitglied für die AfD-Stadtratsfraktion in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH bestellt.

zu 9.11.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (VII/2019/00665)

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Als sachverständiges Mitglied für den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH scheidet Herr Donatus Schmidt aus.
2. Herr Steffen Lehns wird als sachverständiges Mitglied für die AfD-Stadtratsfraktion in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH bestellt.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Frau Gellert zur Bereitstellung von Parkplätzen an Supermärkten

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage der CDU-Fraktion zu den Vorbereitungen der zentralen Feier zum Tag der Deutschen Einheit 2021
Vorlage: VII/2019/00578**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Anfrage der CDU-Fraktion zu Konsolidierungspotenzialen in der Stadtverwaltung
Vorlage: VII/2019/00576**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Anfrage der CDU-Fraktion zum Umgang mit verwahrlosten Immobilien
Vorlage: VII/2019/00571**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5 Anfrage des Stadtrates Dr. Christoph Bergner (CDU-Fraktion) zu den Wahlbenachrichtigungen für die Oberbürgermeisterwahl
Vorlage: VII/2019/00574**

Herr Dr. Bergner fragte, ob das Zustellunternehmen in Haftung genommen wird, da Wahlbenachrichtigungen nicht rechtzeitig oder gar nicht zugestellt wurden.

Herr Geier antwortete, dass mit dem Zusteller eine Auswertung erfolgt.

**zu 10.6 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) – Schülerfahrkarte
Vorlage: VII/2019/00569**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.7 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zu
Kotbeutel Spendern im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00579**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der Stadträtin Claudia Schmidt (CDU-Fraktion) zur Hortbetreuung
für Kinder mit Behinderung
Vorlage: VII/2019/00558**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zu
Hochwasserschutzmaßnahmen
Vorlage: VII/2019/00581**

Bezugnehmend zur Antwort der Verwaltung auf Frage 5 fragte **Herr Streckenbach** nach, warum bei den Stadtteilen Osendorf, Radewell, Ammendorf, Planena, Beesen und Burgaue so unterschieden und kompliziert gehandhabt wird. Weiter fragte er, welche Kriterien bei einer erhöhten Betroffenheit zu Grunde liegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass es sich um Einzelfallentscheidungen handelt. Insofern sind einige Bereiche aus dem letzten Hochwasser relevant, andere weniger. Das bedeutet nicht, dass einzelne Stadtteile vernachlässigt werden. Eine Eigenversorgung ist ebenso wichtig und erforderlich.

**zu 10.10 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur
Ortsumgehung Bruckdorf
Vorlage: VII/2019/00583**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zu
Beschwerden über die Zustellung der Wahlbenachrichtigungen und
Briefwahlunterlagen für die Oberbürgermeister*innenwahl 2019
Vorlage: VII/2019/00570**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer stadteigenen
Forstverwaltung
Vorlage: VII/2019/00572**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft der Grünflächenpflege
Vorlage: VII/2019/00573**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Ortsumfahrung von Bruckdorf
Vorlage: VII/2019/00575**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu den Spontanpartys im Jahr 2019
Vorlage: VII/2019/00553**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Kontrolle der sogenannten Barbiersalons hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen und Beschränkungen durch die Handwerksordnung.
Vorlage: VII/2019/00557**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.17 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umsetzung der Entwicklungsziele der „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VII/2019/00587**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.18 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum Schulbeginn an Grundschulen
Vorlage: VII/2019/00586**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.19 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Kosten für ein zentrales Feuerwerk oder eine Lasershow zu Silvester
Vorlage: VII/2019/00565

Bezugnehmend zur Antwort der Verwaltung auf Frage 4 fragte **Frau Dr. Burkert** nach, was die Sponsoren gezahlt haben.

Frau Ernst antwortete, dass es sich hier um Angelegenheiten der städtischen Beteiligungen handelt und dies daher in den jeweiligen Gremien zu erfragen ist.

zu 10.20 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Notfallplänen für Behörden, öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Horte usw.
Vorlage: VII/2019/00566

Bezugnehmend zur Antwort der Verwaltung auf Frage 3 fragte **Herr Eigendorf** nach, wann und in welcher Form den Fraktionen die Notfallpläne zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt werden. Bezugnehmend zur Antwort auf Frage 5 fragte er nach, welche Ergebnisse die Auswertung gebracht hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Fertigstellung der Pläne noch ein viertel Jahr andauern wird. Anschließend kann die Einsichtnahme stattfinden.

zu 10.21 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sachstand des Stadtratsbeschlusses vom 28.08.2019 zur Umsetzung von Stellen mit Förderung nach Teilhabechancengesetz
Vorlage: VII/2019/00577

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.22 Anfrage der Freien Demokraten zum Steuervorteil
Vorlage: VII/2019/00592

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 **Mitteilungen**

zu 11.1 **Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018** **Vorlage: VII/2019/00602**

zu 11.1.1 **Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2019/00170**

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Hier haben wir unter 11.1 jetzt nochmal die Mitteilung zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung und so weiter stehen. Herr Oberbürgermeister, ich gebe Ihnen nochmal das Wort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank. Herr Geier hat das vorhin sehr ausführlich dargestellt und deshalb verweise ich darauf.

Frau Müller

Vielen Dank.

- Ende Wortprotokoll -

zu 11.2 **Quartalsbericht II/2019 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG** **Vorlage: VII/2019/00422**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.3 **Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte** **Vorlage: VII/2019/00350**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.4 **Gutachten Mietspiegel**

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Und wir haben eine neue Mitteilung unter 11.4, das Gutachten zum Mietspiegel. Auch diese Mitteilung liegt vor.

- Ende Wortprotokoll -

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Herr Nette zur Deutschen Einheit im Jahr 2021

Herr Nette sagte, dass sich am 18. Januar 2021 die deutsche Einheit zum 150. Mal jährt. Dieses Jubiläum wurde zum 100. Jahrestag noch von der Bundesregierung begangen. Er fragte, ob es Pläne von der Stadtverwaltung gibt, dieses Jubiläum im Jahr 2021 zu begehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.2 Herr Dr. Wend zur Kita der Volkssolidarität

Herr Dr. Wend fragte, ob es Gespräche seitens der Verwaltung gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass es seit mehreren Monaten intensive Gespräche mit der Elternvertretung, dem Träger und mit beiden zusammen gibt. Die Verwaltung versucht hier zu vermitteln.

zu 12.3 Herr Scholtyssek zur Öffentlichkeit des Stadtrates

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende, ich habe zwei Fragen. Die erste bezieht sich auf das Thema der Öffentlichkeit dieses Stadtrates. Wir sehen, wir haben heute wieder keine Fernsehübertragung hier. Das hat verschiedene Ursachen. Das war jetzt auch schon in der Presse zu lesen. Ich hatte es schonmal angefragt, wäre es möglich, dass wir die Ausschreibungsunterlagen der Stadt mal bekommen zu diesem Thema? Es gab bereits zwei Ausschreibungen. Die wurden beide aufgehoben, weil die Angebote deutlich teurer waren als die Stadt sich das vorgestellt hatte. Bekommen wir diese Ausschreibung jetzt mal zeitnah übermittelt oder müssen wir dazu extra Akteneinsicht beantragen? Das wäre die erste Frage.

Frau Müller

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Herr Scholtyssek, grundsätzlich können Sie in alles Akteneinsicht nehmen. Aber hier nochmal zum Sachverhalt. Es geht nicht um den Livestream, sondern es geht hier um die Berichterstattung in der Ratssitzung in den vergangenen Jahren. Das eine ist eine journalistische Berichterstattung, das andere ist eine technische Dienstleistung. Und das miteinander zu vermischen ist presserechtlich schwierig. Und insofern hat das eine mit dem anderen nichts zu tun, jetzt losgelöst. Wenn das Unternehmen dort irgendwelche Zusammenhänge sieht, dann halte ich das für problematisch. Das habe ich vorhin versucht anzudeuten. Ob das aber so ist, das weiß ich nicht. Mir liegen da keine direkten Informationen vor. Insofern müssen Sie unterscheiden: journalistische Berichterstattung hier im Saal beziehungsweise von den Kollegen, die hier auch im Saal auch für die Printmedien,

Onlinemedien tätig sind, das ist das eine. Und das andere ist die Ausschreibung zum Livestream. Die Kausalität, die sieht die Verwaltung nicht.

Herr Scholtyssek

Ich beziehe mich auf die Ausschreibung, die die Stadtverwaltung getätigt hat zum Livestream und das war ja wohl ein sehr umfangreiches Paket mit sehr viel Leistungsbestandteilen. Deswegen fragte ich, ob wir diese Ausschreibung mal zur Kenntnis bekommen oder ob wir dafür Akteneinsicht beantragen müssen.

Frau Ernst

Das war ja mein Eingangssatz. Natürlich können Sie da Einsicht nehmen.

Herr Scholtyssek

Also, müssen wir Akteneinsicht beantragen. Wir bekommen es nicht von Ihnen automatisch?

Frau Ernst

Sie können auch ins Büro kommen und sich das anschauen. Also, ich glaube, das ist nicht das Problem.

Herr Scholtyssek

Sie schicken es uns also nicht zu?

Frau Ernst

Nein, das ist nicht erlaubt, Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Gut, vereinbaren wir jetzt einen Termin oder müssen wir Akteneinsicht beantragen?

Frau Ernst

Wir können jetzt gleich einen Termin vereinbaren. Heute 22 Uhr, morgen früh um 8 Uhr. Wie Sie möchten.

Herr Scholtyssek

Gut, wir finden zusammen.

- Ende Wortprotokoll -

zu 12.4 Herr Scholtyssek zur Nutzung von Konfetti im Stadthaus

Herr Scholtyssek fragte, warum auch die Verwendung von Papierkonfetti anlässlich im Stadthaus stattfindender Hochzeiten verboten ist.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.5 Herr Schied zum Schülerverkehr

Herr Schied fragte, ob bereits ein Ergebnis vorliegt, welches eine andere Lösung zum Schülertransport der Albrecht-Dürer-Schule vorsieht.

Frau Brederlow antwortete, dass dies vorab umfangreich geprüft wurde, sich im Zuge der Bauabläufe aber Änderungen ergeben haben, sodass eine neue Lösung nötig ist. Es liegt noch kein Ergebnis vor.

zu 12.6 Herr Schied zur Tempo 30 Zone

Herr Schied fragte, ob in der Bernburger Straße, wie in der Zukunftswerkstatt berichtet, eine Tempo-30-Zone errichtet wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bejahte dies. Die Anordnung ist getroffen. Jetzt werden die entsprechenden Schilder beschafft.

zu 12.7 Herr Senius zum Behindertenbeirat

Herr Senius fragte, warum die für den 3. Dezember angesetzte Veranstaltung zur Beratung über den zukünftigen Behindertenbeirat abgesagt wurde und wann diese Veranstaltung nachgeholt wird. Weiterhin fragte er nach dem Sachstand zur Satzung des Beirats.

Frau Ernst sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.8 Herr Senius zur Garagennutzung

Herr Senius fragte, ob den betroffenen Garageneigentümern mitgeteilt wurde, dass die Verträge unverändert bleiben und falls dies noch nicht geschehen ist, wann die Verwaltung die Betroffenen darüber in Kenntnis setzen möchte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass alle Garagengemeinschaften eine entsprechende Information erhalten haben.

zu 12.9 Frau Dr. Burkert zu Fahrbahnmarkierungen in Trotha

Frau Dr. Burkert fragte, in welchem Verfahren die Verwaltung Fahrbahnmarkierungen kontrolliert und wann Erneuerungen vorgenommen werden. In der Trothaer Straße seien die Fahrbahnmarkierungen verschlissen.

Herr Rebenstorf antwortete, dass Verfahren in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses zu erläutern.

zu 12.10 Herr Feigl zu Fahrbahnmarkierungen am Juliot-Curie-Platz

Herr Feigl fragte, ob eine Änderung der Fahrbahnmarkierung am Juliot-Curie-Platz erfolgen wird.

Frau Ernst antwortete, dass das Anhörungsverfahren begonnen hat. Im Rahmen eines noch im November stattfindenden Vor-Ort-Termins soll dieses abgeschlossen werden. Eine Anordnung soll in Abhängigkeit der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens noch im laufenden Jahr erfolgen.

zu 12.11 Herr Bernstiel zu einem Vorfall mit einem Demenzkranken

Herr Bernstiel fragte, ob der Verwaltung der Vorfall bekannt sei, bei dem ein Demenzkranker in Stadtgebiet aufgefunden, vom zuständigen Pflegeheim aber nicht abgeholt wurde.

Frau Brederlow antwortete, dass der Fall sowie die betroffene Einrichtung bekannt seien. Die zuständige Fachaufsicht wurde daraufhin informiert.

zu 12.12 Herr Wolter zum Livestream

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Wolter

Herr Oberbürgermeister, Herr Scholtyssek hat, glaube ich, schon Bezug genommen dazu, die Antworten waren mit jetzt nicht ausreichend. Es geht um die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der, des Sitzungsgeschehens. Ich habe jetzt während der heutigen Sitzung, bin persönlich angesprochen wurden, ich habe mehrere Nachrichten bekommen über, ich sage mal die, wie kann man das jetzt freundlich und sachlich trotzdem ausführen, über die fehlende Qualität der von Ihnen heute vorgeschlagenen Übertragung.

Also, das scheint, auch wenn man das als Pilot oder Test sieht, sehr mangelhaft zu sein, was die Bildqualität ist, es ist in extrem schwieriger Tonqualität, sozusagen, für die Bürgerinnen und Bürger, die da in irgendeiner Form Zugriff haben ein herber Rückschlag zu dem, was wir, sage ich mal, die letzten Monate hier erleben durften. Frau Ernst hatte jetzt dargestellt: Dienstleistung und journalistisch. Für mich wäre es notwendig, dass wir uns dazu, wo auch immer, nochmal ausführlich abstimmen. Und vielleicht auch von Ihrer Seite nochmal dargelegt bekommen, warum hier die Verabredung mit TV Halle, die zumindest wiederum, was die Rückmeldung waren, sehr für mich immer wieder überraschend, wie viele Bürgerinnen und Bürger das genutzt haben, worauf Bezugnahme, das war Presse, das waren persönliche Ansprachen, die man auf der Straße erleben durfte oder Nachfragen. Für uns sozusagen das Ding der Nachvollziehbarkeit dessen, ein ganz wichtiges Instrument ist. Und das anscheinend, zumindest mit dem, was sie heute als Modell vielleicht auch nur vorschlagen, nicht umsetzbar ist.

Insofern würde mich freuen, wenn Sie uns kurz erklären könnten, Zeit in den nächsten Monaten, Wochen, in welchem Ausschuss Sie vielleicht das nochmal thematisieren können, um damit in irgendeiner Form gemeinsam abzustimmen. Die Vermutung, dass Sie sozusagen innerhalb der Ausschreibung, das ist sozusagen eher Buschfunk was ich jetzt mal so sage, dass es sozusagen Anforderungen gab, die natürlich kostenseitig von bestimmten Dienstleistern vielleicht nicht zu den erwünschten Preisen hier geleistet werden konnten, dass man das nochmal darlegt und gemeinsam bespricht. Weil, wenn wir eine Qualität wollen, kostet die vielleicht auch was man da als Dienstleistung sieht, oder ist es vielleicht doch ein Einräumung von Rechten, so wie wir das bisher praktiziert haben, dass man das vielleicht fortsetzt. Also, in diesem beiden getrennt, es ist für mich nachvollziehbar, aber ich würde darüber gerne nochmal in einem Ausschuss, jetzt nicht heute, aber irgendwie nochmal sprechen.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, ich finde es gut, sollten wir im Hauptausschuss noch mal besprechen. Das war heute nur ein Auftakt, werden das mit mehreren Kameras auch noch machen, aber wir sollten in Ruhe darüber sprechen, deshalb schlage ich den Hauptausschuss vor, den nächsten, das wir da mal drüber diskutieren. Wir nehmen es als Punkt mit auf, mit unter Aussprache, Informationen. Da können wir diskutieren. Den zweiten Teil, weil es wieder eine Vermischung gewesen ist, würde ich ganz gerne Frau Ernst nochmal bitten, da nochmal was zu sagen.

Frau Müller

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Ich probiere es nochmal anders. Die Kameras, die hier im Saal stehen und die Sitzung aufzeichnen, das ist was anderes als das Livestream-Angebot. Und insofern kann für das, was hier journalistisch geleistet wird, kein Honorar gezahlt werden oder keine Rechnung gestellt werden. Das ist ein journalistisches Angebot, das andere Kollegen hier auch leisten. Und insofern sind es zwei unterschiedliche Angelegenheiten. Ich hoffe, dass das jetzt klarer ist. Also, das sind sozusagen hier die Kameras, das ist die Berichterstattung und ansonsten sind wir in einem anderen technischen Modus.

- Ende Wortprotokoll -

zu 12.13 Herr Schachtschneider zur Scheibe A

Herr Schachtschneider fragte nach dem Stand zur Scheibe A.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es einen gültigen Mietvertrag gibt und man dessen Umsetzung erwartet. Er wies darauf hin, dass Informationen, die im Rahmen der Akteneinsicht erworben werden, nicht in der Öffentlichkeit zu kommunizieren sind. Dies stellt einen Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht dar.

zu 12.14 Herr Schachtschneider zu Brandschutz an Kitas

Herr Schachtschneider fragte nach der ausstehenden Beantwortung seiner Anfrage zum Brandschutz an Schulen, Kindertageseinrichtungen und Verwaltungsgebäuden.

Frau Ernst antwortete, dass die Antwort im Dezember erfolgen wird.

zu 12.15 Herr Schachtschneider zur Vergabe von Kita-Plätzen

Herr Schachtschneider fragte nach der drohenden Schließung der Kindertagesstätten Knirpsenland I und II.

Frau Brederlow antwortet, dass der Träger Betreuungsverträge einzuhalten hat. Weitere Informationen liegen der Verwaltung nicht vor.

zu 13 **Anregungen**

zu 13.1 **Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Verkehrsberuhigung an Fußgängerüberwegen in der Altstadt** **Vorlage: VII/2019/00585**

Herr Bernstiel regt an, vor allen Fußgängerüberwegen im Altstadtkern (begrenzt durch die Ringstraßen) Bremsschwellen anzubringen.

zu 13.2 **Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum erneuten Erhalt des Titels „FairTradeTown“** **Vorlage: VII/2019/00584**

Um die Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene und somit die Erklärung zur Agenda 2030 und den darin enthaltenen Entwicklungszielen im Rahmen der kommunalen Verantwortlichkeit mit Leben zu erfüllen, regt **Frau Jacobi** an, dem erneut erhaltenen Titel „FairTradeTown“ größeren Stellenwert innerhalb der Kommune zu verleihen und auch mit diesem Titel in der Außenwahrnehmung zu werben, d.h. die Stadtmarketinggesellschaft mit einer besseren Vermarktung des Titels zu beauftragen. So bietet beispielsweise TransFair – Verein zur Förderung des Fairen Handels in der Einen Welt, welcher die Kampagne FairTrade-Towns ins Leben gerufen hat, Werbematerial zur Nutzung an.

zu 13.3 **Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Durchführung einer Radtour durch den Oberbürgermeister zu Gefahrenstellen für Radfahrer/innen gemeinsam mit dem ADFC** **Vorlage: VII/2019/00567**

Frau Dr. Burkert begrüße, dass der Oberbürgermeister sich dafür einsetzen will, dass der Radverkehr in Halle gestärkt wird. Es ist dann allerdings immer wieder irritierend für Stadträtinnen und Stadträte, wenn selbst kleinere Anregungen, die die Sicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer erhöhen sollen, seitens der Verwaltung als nicht erforderlich angesehen werden (z. B. das Aufbringen von Radverkehrspiktogrammen zwischen den Gleisen der Straßenbahn auf dem Markplatz).

Deshalb regt **Frau Dr. Burkert** an, dass der Oberbürgermeister gemeinsam mit dem ADFC im Frühjahr 2020 zu einer Radtour einlädt, bei der mit Bürgerinnen und Bürgern gefährliche Stellen für Radfahrerinnen und Radfahrer abgefahren werden. Aus Sicht der Radfahrerinnen und Radfahrer soll so deutlich gemacht werden und dafür sensibilisiert werden, warum an diesen Stellen das Gefährdungspotenzial erhöht ist bzw. als erhöht wahrgenommen wird.

zu 13.4 **Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Verzicht auf privates Feuerwerk zu Silvester** **Vorlage: VII/2019/00568**

Für viele Menschen gehört es zu Silvester dazu, Böller und Raketen zu zünden. Der Spaß und die Freude sei jedem unbenommen. Klar ist aber auch: Die private Knallerei kostet nicht

nur viel, sondern sie belastet die Umwelt und damit unser aller Gesundheit enorm mit Feinstaub, sie erzeugt viel Lärm (der ältere Menschen, Kinder oder auch Tiere sehr verängstigt) und führt in manchen Fällen zu (schwerwiegenden) Verletzungen und es kostet die Stadt und damit uns alle viel Geld, den Müll am nächsten Tag wegzuräumen und den Dreck zu beseitigen.

Deshalb regt **Frau Dr. Burkert** an, dass der Oberbürgermeister über die Presse und die sozialen Medien einen Aufruf startet, freiwillig auf privates Feuerwerk zu verzichten.

**zu 13.5 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Öffnungszeiten und Ausschilderung der öffentlichen Toilette im Marktschlösschen
Vorlage: VII/2019/00580**

Im Marktschlösschen befindet sich die einzige öffentliche Toilette im Umfeld des Marktplatzes. Diese hat von 6 bis 20 Uhr geöffnet.

Vor diesem Hintergrund regt **Frau Dr. Burkert** an, die Öffnungszeiten zu erweitern und die Ausschilderung im näheren Umfeld insbesondere für Ortsunkundige zu verbessern.

**zu 13.6 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Sicherheit an der Kreuzung Reilstraße/Paracelsusstraße und im Bereich Eingang/Parkhaus Zoo
Vorlage: VII/2019/00625**

Die Kreuzung Reilstraße/Paracelsusstraße ist aufgrund der Vielzahl an Fahrzeugen, Straßenbahnen, Radfahrer/innen und Fußgänger/innen, die diese Kreuzung täglich queren sowie der Breite und Unübersichtlichkeit des Kreuzungsbereiches eine erhebliche Gefahrenstelle. Nicht zuletzt um das Parkhaus am Zoo zu erreichen, sind an dieser Kreuzung häufig gefährliche Fahrmanöver von PKW-Fahrern/innen zu beobachten (z. B. aus der Paracelsusstraße kommend alle Fahrspuren querend zur Einfahrt des Parkhauses).

Deshalb regt **Frau Dr. Burkert** die folgenden vier Punkte an:

- (1) Die Stadtverwaltung soll prüfen, welche baulichen und/oder verkehrserzieherischen Maßnahmen durchgeführt werden können, um die Sicherheit für Kinder und Familien (Zoobesuche, Anfahrt mit dem Rad usw.) an dieser Kreuzung zu erhöhen. Zudem rege ich an, dass die Stadtverwaltung mit der Polizei nach Möglichkeiten sucht, um den Kreuzungsbereich und das Fahrverhalten stärker zu kontrollieren.
- (2) Da die Schaltung der Lichtsignalanlage an dieser Kreuzung sehr eng getaktet ist (z. B. wenn Autofahrer aus Richtung Trotha links abbiegend in Richtung Paracelsusstraße ihre Grünphase gerade beendet haben, beginnt sofort die Grünphase für die Fußgänger in Richtung Reileck, so dass oft Autos, die noch schnell über die Kreuzung fahren, kurz vor den Fußgängern vorbeifahren), sollen die Überbrückungszeiten zwischen den einzelnen Grünphasen überprüft und gegebenenfalls verlängert werden.
- (3) Da die Rad- und Fußverkehrsanlagen an dieser großen Kreuzung sehr schmal und unübersichtlich sind, was zuletzt tragischerweise eine junge Radfahrerin mit ihrem Leben bezahlt hat, soll die Stadtverwaltung prüfen, welche baulichen und technischen Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können, um die Sicherheit für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen an dieser Kreuzung zu erhöhen.

- (4) Da viele PKW-Fahrer/innen sich an dieser Kreuzung nicht an die vorgegebenen Geschwindigkeiten halten (z. B. aus der Paracelsusstraße kommend in Richtung Trotha abbiegend und umgekehrt), soll die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Polizei die Kontrollen vor Ort erhöhen. Gegebenenfalls sollten stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen installiert werden.

zu 13.7 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) für mehr Sicherheit für Kinder in der Paul-Singer-Straße – Installation einer Geschwindigkeitsanzeige
Vorlage: VII/2019/00649

In der Paul-Singer-Straße zwischen der Reidebrücke und der Kreuzung Delitzscher Straße gilt bereits eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h – und das aus gutem Grund, da sich dort zwei Kindertagesstätten sowie eine Grundschule und ein Hort befinden. Anwohnerinnen und Anwohner stellen allerdings immer wieder fest, dass sich viele PKW-Fahrerinnen und Fahrer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Ebenso kann nachvollziehbarerweise auch keine permanente Verkehrsüberwachung vor Ort gewährleistet werden.

Frau Dr. Burkert regt daher an, dass die Stadtverwaltung sogenannte Geschwindigkeitsanzeigen installiert, die den Fahrzeugführerinnen und -führern ihre tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit anzeigen und bspw. per rotem oder grünem Smiley signalisieren, ob sie zu schnell oder mit angemessener Geschwindigkeit fahren (z. B. www.wavetec-online.de/smiley-display/). Solche Geschwindigkeitsanzeigen – gerade auch in Verbindung mit „Achtung Kinder“-Schildern – regen viele Fahrzeugführerinnen und -führer dazu an, sich selbst zu disziplinieren und damit erhöhen sie die Sicherheit für unsere Kinder.

zu 13.8 Anregung des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Beschaffung von Geschwindigkeitsanzeigen
Vorlage: VII/2019/00654

Ein häufiger Grund für Bürgerbeschwerden ist nicht angepasste Geschwindigkeit von Verkehrsteilnehmern. Da die Möglichkeiten von Ordnungsamt und Polizei zur Überwachung des fließenden Verkehrs begrenzt sind, regt **Herr Scholtyssek** die Beschaffung von Geschwindigkeitsanzeigen an. Diese könnten im Rahmen eines Tests an zwei oder drei Stellen im Stadtgebiet installiert werden. Mögliche Standorte wären die Paul-Singer-Straße im Bereich zwischen Kindergarten und Schule oder die Kasseler Straße. Falls die feste Installation aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich sein sollte, könnte auch eine mobile Anlage beschafft werden. Damit wäre es möglich abwechselnd an verschiedenen Standorten die Wirkung einer solchen Anzeige zu testen.

zu 13.9 Anregung der Fraktion DIE LINKE zum Radverkehr in der Bernburger Straße
Vorlage: VII/2019/00671

Die **Fraktion DIE LINKE** regt an, in der Bernburger Straße (stadteinwärts, kurz nach der Einmündung Händelstraße) drei Parkplätze zugunsten des Radverkehrs zu entfernen.

zu 13.10 Herr Schied zur Schulbushaltestelle der Albrecht Dürer Schule

Herr Schied regt an, dass die temporäre Schulbushaltestelle der Albrecht Dürer Schule für den Ausweichverkehr vor dem Jugendamt in der Albert-Schweizer-Straße eingerichtet wird.

zu 13.11 Frau Winkler zum Klimaschutzkonzept

Frau Winkler regt an, dass das Klimaschutzkonzept auch in Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung, im Ausschuss für Planungsangelegenheiten, im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss sowie im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben behandelt wird.

zu 13.12 Herr Lange zur Fahrradampel Franckestraße

Bezugnehmend zur Fahrradampel am Franckeplatz, vom Waisenhausring kommend, sagte **Herr Lange**, dass das Bestätigungssignal kaputt ist und die Ampel ungünstig angebracht ist. Er regte eine Prüfung an, verbunden mit der Prüfung einer Installation einer kleineren, für Radfahrer gut ersichtlich, angebauten Ampel.

zu 13.13 Herr Eigendorf Gießereidreieck

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. –

Herr Eigendorf

Die Vorlage der Stadtverwaltung zum Gießereidreieck haben wir vorhin mit einem eindeutigen Votum versehen, wie ich finde auch aus guten Gründen. Und trotzdem gibt es Probleme, die die Anwohnerinnen und Anwohner geschildert haben, die ja trotzdem bestehen bleiben. Deswegen rege ich an, dass die Verwaltung prüft, inwiefern man mit milderem Mitteln dem Problem entgegenwirken kann, insbesondere einer höheren Bestreifung und eventuell einer Beleuchtung des Weges. Vielen Dank.

- Ende Wortprotokoll -

zu 13.14 Herr Scholtyssek zur Fahrbahnmarkierung Waisenhausring

Herr Scholtyssek regt an, die Fahrbahnmarkierung vom Leipziger Turm in Richtung Magistrale zu versetzen. Hintergrund sind tägliche Staus.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

**zu 14.1 Antrag auf Akteneinsicht in Unterlagen zum 2. Bauabschnitt der
Stadtbahnmaßnahme Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt
Frohe Zukunft**

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Müller beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer